Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags nachm. Bezugspreis m. Haus monat. 1800 M., durch die Post 1800 M. ohne Zustell.-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossensch. f. d. Bezirk Halle-Merseburg, GmbH. Halle, Leipzigerstr. 14. Fernruf 1045, 1047, 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 25 M. für den Millimeter Höhe und Spalte. 500 M. für Reklame, ansch. in den redaktionellen Textteil. Anzeigen bis vormittags 11 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1058 48. Fritz Koch, Halle.

Einzelpreis 80 Mark | **Mittwoch, den 28. Februar 1923** | **3. Jahrgang. Nr. 50**

Wie die Anilinkapitalisten den Staat ausplündern

Lieb Vaterland, magst ruhig sein!

Als in der Reichstagssitzung vom 16. Februar der Genosse Remmele den landes- und hochverräterischen Verkauf von Fabrikationsgeheimnissen an Frankreich brandmarkte, stellte er auch fest, daß die Errichtung dieser Fabrikationsanlagen zum Teil aus Reichsmitteln geschah. Genosse Remmele konstatierte, daß bei dieser Gelegenheit die Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabrik durch bewußte und beabsichtigte falsche Buchungen das Reich um große Summen betrogen habe. Nach dem Genossen Remmele sprachen eine ganze Anzahl von Prozentpatrioten, u. a. auch das Mitglied des Aufsichtsrats des Anilinkonzerns, der Abg. Moldenhauer, ohne ein Wort der Erwiderung auf diese schwere Anschuldigung zu finden. Um den Musterpatrioten die Zunge zu lösen, beginnen wir heute mit dem Abdruck einiger Dokumente, die wir nach Wunsch und Belieben mit weiteren ergänzen können.

Am 10. Mai 1918 fand im Bureau des ersten Direktors der Anilinfabrik eine Konferenz statt, an der die Direktoren Dr. Michel, Dr. Roesch und die Buchhaltungsbeamten Trambauer und Kenser teilnahmen. Das Resultat dieser Konferenz zeitigte ein Memorandum des Dr. Michel an den Geheimrat Hüttenmüller, das u. a. folgende Stellen enthält:

„Ludwigshafen a. Rh., 10. Mai 1918.
Von Bureau Dr. Michel.

Betrifft Oxolfabrikation.

Gemäß unserem Vertrag mit dem Preußischen Kriegsministerium vom 19. Juli 1917 waren uns die Erstellungskosten unserer ersten Oxolanlagen bis zur Höhe von 6 Millionen Mark vom Fiskus zu ersetzen. Als Lieferpreis wurde vereinbart: Selbstkosten und 15 Prozent Generalspesen und auf den sich so ergebenden Preis 10 Prozent Nutzen. Nach dem vorliegenden Memorandum der bautechnischen Abteilung wurden auf Veranlassung des Betriebes Aufwendungen, welche nach dem bei uns bestehenden Geschäftsbrauch auf Anlagekonto hätten gebucht werden müssen, als Fabrikationskosten verrechnet. Die gesamte auf diese Weise zugunsten des Anlagekontos den Betrieb belastende Summe beläuft sich bis jetzt nach Angabe der bautechnischen Abteilung auf 778 000 Mk. Diese Sachbehandlung hat zur Folge gehabt, daß uns 15 Prozent dieses Betrages für Generalspesen und weitere 10 Prozent als Nutzen, zusammen also nahezu 200 000 Mark zugeflossen sind. Auf diesen Vorteil hätten wir nach dem Vertrage keinen Anspruch. In § 2 des Vertrages ist ausdrücklich bedungen, daß Berechnung der Selbstkosten nach unserem Geschäftsgebrauch zu erfolgen hat. Die Verrechnung von Aufgaben, welche ihrer Natur nach auf Anlagekonto gehören, unter Betriebsausgaben, entspricht aber unserem Geschäftsgebrauch nicht. Nach Mitteilung der Bauabteilung erklärte zwar der Betriebsleiter Dr. Schumann, daß er diese Berechnungsweise rechtfertigen könne. Allein es ist zu bezweifeln, ob ihm diese Rechtfertigung gelingen wird. Auf alle Fälle entspricht die gewählte Sachbehandlung nicht dem Vertrag, sie kann uns vielmehr bei einer Revision ernstliche Unannehmlichkeiten bringen; denn es handelt sich um einen Vorteil, den wir uns infolge einer Abweichung von unserem Geschäftsgebrauch unrechtmäßigerweise angeeignet haben."

Dieses Memorandum, das von Direktor Dr. Michel unterzeichnet ist, zeigt ganz klar, wie der damalige Betriebsleiter und nachmalige Direktor Dr. Schumann falsche Buchungen durchführte, um das Reich um große Summen zu betrügen. Nicht genug damit, daß die Reichsregierung bzw. das Preußische Kriegsministerium der BASF. für das von dem Reiche gespendete Kapital 25 Prozent Reingewinn zusicherte; denn letzten Endes sind die 15 Prozent Generalspesen über die Selbstkosten hinaus nichts anderes als ein Reingewinn zugunsten der Firma. Nein, die Direktion der BASF. versuchte, über diesen Gewinn hinaus durch falsche Buchungen nochmals einen Sonderprofit einzuheimsen.

Wie in den Kriegsjahren mit den Mitteln des Reiches gewirtschaftet wurde und die Kriegsgewinnler oft mehr erhielten, als sie zu bestimmten Zwecken für ihre Kriegslieferungen zu beanspruchen hatten, geht aus einem anderen Satze des gleichen Memorandums hervor:

„Eine Abweichung von den bestehenden Vorschriften war im vorliegenden Falle um so weniger veranlaßt, als für die Oxolfabrik bis jetzt nur zirka 3,6 Millionen Mark verausgabt sind, obgleich uns die Ausgaben bis zur Höhe von 6 Millionen Mark vom Fiskus ersetzt werden."

So, wie der Direktor Dr. Schumann in diesem hier festgestellten Verfahren in der Oxolfabrikation vorging, geschah es auch in allen Fabrikationszweigen.

„Indigo-Abteilung Ludwigshafen a. Rh., 7. Mai 1918.
Betr.: Hydrin-Fabrikation/Abrechnung mit dem Reich.

Wir bestätigen den Empfang Ihrer Mitteilung vom 22. April 1918 des Inhaltes, das Programm 162 A. B. I. der Hydrin-Fabrikation mit 31. März 1918 abzurechnen.

Diesem Abschluß vorausgehend ist eine Revision sämtlicher Magazinführungen der Hydrin-Fabrikation notwendig, weil infolge des Schreibens der Indigo-Abteilung vom 11. Juli 1917 und vorausgegangenen Angaben des Herrn Dr. Schumann die Verrechnung der Aufwendungen nicht in der vorgeschriebenen Weise erfolgte. Das genannte Schreiben drückt sich unbestimmt aus, weshalb es für die Abrechnung mit dem Reiche nicht als maßgebend erachtet werden kann; die Revision der Abrechnung wurde daher unsererseits nach der für unsere Fabrikverrechnung gültigen Bestimmung vollzogen und ergibt, daß für das Jahr 1917 Buchungen im Werte von 491 674 Mk. und für die Monate Januar, Februar, März 1918 ausgeschieden nach Hydrin I, II, III solche im Betrage von 134 216 Mk. der Hydrin-Fabrikation anzuschreiben und dem Inventar, d. h. in diesem Falle dem Reichszuschußkonto Hydrin oder dem Apparate-Lagerkonto zu belasten sind. Dieser Buchung entsprechend ist der Betrag von zusammen 625 890 Mk. bei der Kalkulation des Hydrinpreises entsprechend zu berücksichtigen, um eine ungerechtfertigte Höhe des Hydrinpreises zu vermeiden."

Dieses Memorandum, das noch weitere ausführliche Angaben über die Abrechnungsart bzw. Beanstandungen derselben enthält, ist gezeichnet Kenser (dem Bureauvorstand der Buchhaltung). Auch aus diesem Memorandum geben die gleichen falschen Buchungen hervor, wie wir sie im ersten Dokument festgestellt haben.

Wie die Direktoren der Anilinfabrik die Buchhaltung zu falschen Buchungen stets zu veranlassen suchten, geht aus folgender schriftlicher Anweisung der Direktoren Dr. Schumann und Dr. Julius Seibel hervor:

„Bau 489 soll nach Rücksprache mit Herrn Direktor Schuncke um die Bauten 208 b und e vergrößert werden. Die Arbeiten gehen vorerst auf Fabrikationskosten und sollen sofort begonnen werden. In dem neuen Raum sollen aufgestellt werden: 1 Motor (feuersicher eingebaut, 100 bis 150 PS., 2 Kohlensäurecentwickler komplett, 2 Kreiselpressen, 4 Absorber, 4 Kühlapparate komplett, 4 Destillierttürme, 2 Gipsschlammpumpen).

gez. Schumann. gez. Seibel."

Diesen Versuchen, die Preise der Erzeugnisse der Anilinfabrik durch gefälschte Kalkulationen maßlos in die Höhe zu treiben und so den Vertrag mit dem Reiche zu umgehen, bzw. das Reich zu betrügen, versuchte die Buchhaltung entgegenzutreten, denn die einzelnen Direktoren waren skrupellos genug, die Verantwortung für ihre Schiebungen dem Reiche gegenüber auf die unteren Beamten abzuwälzen. Dadurch entspann sich ein heftiger Schriftwechsel zwischen den Buchhaltern und den Direktoren. Wir geben hier ein solches Schreiben wieder:

„Ludwigshafen, 8. Mai 1918.

An Herrn Trambauer

Betr.: Uebernahme der Verantwortung für richtige Abrechnung.

Gestern, den 7. Mai 1918, machte mir Herr Trambauer die Mitteilung, daß ich die Verantwortung dem Reiche gegenüber für richtige Abrechnung zu tragen hätte. Hierzu bemerke ich, daß mir diese Mitteilung bereits im Dezember 1916 hätte gemacht und meine Stellung dementsprechend hätte ausgebaut werden müssen, da die Befugnisse eines Buchführers für die Uebernahme einer derartigen Verantwortung nicht ausreichend sind. Die Stelle, die einen Vertrag schließt, und die Stelle, deren Aufgabe es ist, entsprechende Buchungsvorschriften herauszugeben, haben über richtige Verrechnung zu wachen. Es besteht für mich keine Veranlassung, deren Verantwortung zu übernehmen. Aus den angeführten Gründen muß ich die gewünschte Verantwortung ablehnen. gez. Kenser."

Ueber diesen Punkt, Uebernahme der Verantwortung dem Reiche gegenüber, gab es zwischen der Direktion und den Buchhaltern noch lange mündliche Auseinandersetzungen. Die Buchhalter drangen stets darauf, daß ihnen für die von ihnen geforderten falschen Buchungen schriftliche Anweisungen durch die Direktion erteilt werden, damit sie ihrerseits gedeckt sind. Dieses wurde selbstverständlich von den Direktoren stets verweigert. Bei einer solchen Auseinandersetzung, an der der Direktor Roesch und die Buchhalter Trambauer und Kenser zugegen waren, äußerte der Direktor, daß bis Ende Dezember die Abnahme durch das Reich erfolge und alsdann die falschen Buchungen nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Herr Trambauer sagte, daß die Direktoren nicht den Kopf hinhalten, das werden die Unterbeamten tun müssen.

Die hier angeführten Fälle sind nicht die einzigen, die Veranlassung zu solchen Auseinandersetzungen gaben. Dasselbe wie bei der Oxol- und bei der Hydrin-Fabrikation zu verzeichnen war, war auch bei der Nitrit-Fabrikation der Fall, genau auch so bei den Scheinwerferanlagen, die auf Kosten des Reiches errichtet wurden. Wir sind in der Lage, das mit Beweisen zu belegen. Doch für heute genügt das obige über den Prozentpatriotismus und die vaterländische Gesinnung der Anilinkönige. Wir sind gespannt, was die Reichsregierung und die Gerichte auf die Anfrage unserer Reichstagsfraktion über diese Helden des Deutschtums nunmehr zu sagen haben. Den Rechtsparteien überlassen wir es nach alledem, weiter über Vaterlands- und Hochverrat der Kommunisten zu kläffen. Die Arbeiter haben längst ihr Urteil gefällt, wo die Vaterlandsverräter zu finden sind. Und dazu muß man nur noch wissen, daß der in vorstehenden Dokumenten immer wiederkehrende erste Direktor der BASF. Dr. Michel genau derselbe Dr. Michel ist, der Mitglied des Staatsgerichtshofes „zum Schutze der Republik" ist.

Lieb Vaterland, magst ruhig sein!

Killinger hat's geschafft! Das Reichsgericht hat heute die Freisprechung des Kapitänleutnants von Killinger durch die vom Reichsanwalt beantragte Verwerfung der Revision der badischen Staatsanwaltschaft gegen das Urteil des Schwurgerichts Offenburg vom 13. Juni 1922 bestätigt. Killinger war seinerzeit angeklagt, die flüchtigen Mörder Erzbergers, den Kaufmann Schulz und den Oberleutnant zur See a. D. Tillessen durch Beihilfe zur Flucht begünstigt zu haben.

Der große Kohlenkrieg

Im September 1922 veröffentlichte der bekannte französische Nationalökonom Francis Delaisi in der Pariser Zeitschrift „Le Progrès Civique" eine Artikelserie über die Hintergründe der Ruhrpolitik der Poincaré-Regierung. Das Tatsachenmaterial, das er enthüllte, ist so wichtig für das Verständnis der Zusammenhänge des Kampfes zwischen Stinnes und dem französischen Eisenhüttenkomitee, daß es zur Kenntnis breitester Arbeiterkreise gebracht werden muß. In vier Artikeln werden wir auszugsweise die wichtigsten Gedankengänge des Verfassers wiedergeben. Die Redaktion.

I.

Der Schicksalsweg der Saarkohle

Es ist eine Tatsache, daß Frankreich durch die Lieferung der Reparationskohle einen Ueberschuß an Steinkohlen besitzt, den es unter ungeheurem Gewinn für seine Kapitalisten ins Ausland exportiert. Das hat schon im Sommer 1922 Herr Daray, der Vorsitzende des „Comité des Houillères" (Kohlenzechenverein) in der Pariser Finanzpresse festgestellt. Was Frankreich fehlt, ist der Ruhrkoks, den es unbedingt für seine lothringische Eisenhüttenindustrie braucht. Um diesen Koks billig zu bekommen, hat ja das „Comité des Forges" (der Eisenhüttenverein) seinen amtlichen Geschäftsträger, Herrn Poincaré nunmehr veranlaßt, das Ruhrgebiet mit Gewalt zu erobern. Was man raubt, braucht man nicht mehr zu kaufen.

In diesem ersten Artikel soll nachgewiesen werden, welche Rolle die Saarkohle bei dem Geschäftsgebaren und den Schiebungen des französischen Kohlenkapitals gespielt hat.

Im Jahre 1913 verbrauchte Frankreich insgesamt 60 Millionen Tonnen Kohlen. Durch das Hinzukommen Elsaß-Lothringens mit seinen Hochöfen schätzte man nach dem Waffenstillstand den gesamten Kohlenbedarf Frankreichs auf 75 Millionen Tonnen. Durch die Kriegsverwüstungen im Norden und in Pas-de-Calais war die Produktion der Zechen auf 25 Millionen Tonnen gesunken. Man rechnete also mit einem jährlichen Fehlbetrag von 50 Millionen Tonnen. Um diesen Fehlbetrag bis zu einem gewissen Grade auszugleichen, überantwortete der Versailler Friedensvertrag das Saarkohlenbecken auf 15 Jahre an Frankreich und setzte außerdem eine monatliche Lieferung von 2,2 Millionen Tonnen Ruhrkohle fest.

Das französische Kapital hatte sich aber verrechnet. Die ruinierten Feinde von gestern, deren Gütererzeugung man obendrein durch alle möglichen Maßnahmen noch zu unterbinden versuchte, waren nicht mehr kaufkräftig. Man hatte vergessen, daß derjenige, der nichts zu verkaufen hat, auch nichts kaufen kann. Die Aufträge blieben aus. Die großen französischen Exportindustrien mußten ihre Produktion einschränken. Der zwischen die Mühlsteine der Arbeitslosigkeit und der Teuerung geratene Verbrauch nahm seinerseits weiter zusehends ab und führte zur Verlumpung des gesamten Handels. Große Firmen mußten jählings ihre in der Hausseperiode angekauften Warenvorräte abstoßen und gerieten in Zahlungsschwierigkeiten. Die Banken, die sie bisher gestützt hatten, flogen auf, und dies führte zu einer Beschränkung des Kredits in einem Augenblick, wo er am allernotwendigsten gebraucht wurde.

Damit war die Wirtschaftskrisis gegeben, die seit zwei Jahren auf der gesamten Welt besteht. Selbstverständlich mußte diese auch auf den Kohlenmarkt zurückwirken. In allen Ländern arbeiteten die Betriebe nur mit 30 bis 40 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit und schränkten demgemäß auch ihre Kohleneinkäufe ein.

In Frankreich betrug der Gesamtkohlenverbrauch im Jahre 1921 nur 48,6 Millionen Tonnen, **mithin 20 Prozent weniger als vor dem Kriege, statt die erwarteten 25 Prozent mehr.** Und dabei mußten die französischen Kohlenzechen noch 2,3 Millionen Tonnen Kohlen nach dem Auslande ausführen.

Aber trotz alledem wurden die Kohlenhalden auf den Zechenplätzen immer größer.

Nun erlebte man, daß die Saarkohlen, die ebenfalls keinen ausreichenden Absatz mehr in Lothringen fanden, sich über Mittel- und Südfrankreich ergossen. Da die Domänengruben, weil Staatseigentum, keine Kapitalverzinsung aufzubringen hatten, konnten sie ihre Kohlen billiger verkaufen und machten den französischen Bergwerksgesellschaften in Epénare Decazeville und im Gard eine verhängnisvolle Konkurrenz. Die betroffenen Zechen stießen einen Notschrei über den anderen aus und baten kniefällig, man solle ihnen die deutsche Kohle, die man mit so viel Lungenkraft gefordert hatte, vom Halse halten!

Das „Comité des Houillères" (Kohlenzechenverein) nahm daraufhin die Sache in die Hand. Es erreichte bei der Regierungskommission, die das Saargebiet verwaltet, daß auf den Verkaufspreis der Saarkohle eine zehnprozentige Umsatzsteuer geschlagen wurde, während die französischen Zechen nur zwei Prozent zu zahlen brauchten. Weiter „renidierte" man die Tarife der elsaß-lothringischen Eisenbahnen derart, daß die Fracht für die Saarkohle für dieselbe Entfernung 12 bis 13 Franken mehr kostete als für die französische Kohle auf dem inneren Eisenbahnnetz.

Durch diese Maßnahmen lieferte das Saargebiet von den 7 684 000 Tonnen Kohle, die es im Jahre 1921 absetzte, uns nur 3 448 000 Tonnen oder 44 Prozent seines Absatzes nach Frankreich, so daß noch ein Ueberschuß von 4 200 000 Tonnen abzusetzen blieb. Man wollte zunächst diesen an die Nachbarländer verkaufen und errichtete zu diesem Zweck Verkaufsbureaus in der Schweiz (Basel), Italien (Mailand) und sogar in Belgien (Lüttich und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192302 28-10/fragment/page=0001

Charleroi). Aber auch diese Länder litten sämtlich unter der Krisis, und Belgien ist selbst Kohlenausfuhrland.

Es blieb somit kein anderer Ausweg, als auf Deutschland zurückzugreifen. Die Staatszechen des Saargebiets haben deshalb eine Verkaufsgesellschaft namens „Rhein und Saar" für den Absatz ihrer Kohlen in Baden, Württemberg und Bayern gegründet. Aber zur Anlockung der deutschen Käufer mußte man ihnen Sondervergünstigungen einräumen. **So hat man zum Beispiel der Reichseisenbahn Kohlen verkauft, die pro Tonne 10 bis 15 Franken billiger sind als in Frankreich.**

Dagegen trifft es zu, daß man als Ausgleich den Elsässern dieselbe Kohle 4 bis 5 Franken pro Tonne teurer verkauft als den Altfranzosen. Die „vielgeliebten befreiten Provinzen" müssen also auf diese Weise die Kosten für die Vorteile aufbringen, die man den Deutschen eingeräumt hat. Die Handelskammer des Departements Pas-de-Rhin hat sich darüber sehr stark entrüstet. Und da wundert man sich, daß die wiedergewonnenen elsässischen Brüder für das Gebaren des „Mutterlandes" so wenig Zufriedenheit an den Tag legen.

Ein seltsamer Treppenwitz der Weltgeschichte: Die Handelsbeziehungen entwickeln sich trotz aller Friedensverträge genau so wie vor dem Kriege, und die von den Franzosen so nachdrücklich als Ersatz für den Produktionsausfall eigenen zerstörten Kohlenbergwerke geforderte Saarkohle liefern sie selbst, und dazu noch zu Schleuderpreisen an die deutsche Industrie!

Und es sei hier noch eine zweite nicht minder seltsame Anomalie angeführt: Das Ruhrgebiet hat im Jahre 1921 außer den vertragsmäßig festgelegten Kohlenlieferungen noch weitere 5 560 000 Tonnen Kohle an Frankreich abgeben müssen. Nun geben aber die 4 200 000 Tonnen Saarkohle, die Frankreich ins Ausland, besonders aber nach Deutschland, versendet, und die 2 800 000 Tonnen französischer Steinkohle, die es selbst ausgeführt hat, weit über diese Zahl hinaus, daraus ergibt sich, daß Frankreich durchaus auf diese Kohlenlieferungen aus dem Saargebiet verzichten könnte. Nichts destoweniger aber forderte die französische Regierung unter dem Druck der Schwerindustrie nach wie vor mit der größten Hartnäckigkeit die Fortsetzung dieser Kohlenlieferungen. Warum wohl?

Und der Preisabbau . . . ?

Verordnungen über Verordnungen, Aufforderungen über Aufforderungen, die Preise abzubauen, ergehen an die Industrie und den Großhandel von seiten der verschiedenen Behörden, Handelskammern und dergleichen mehr. Mit schönen Worten wird auf die „nationale Pflicht", im gegenwärtigen Moment die Einheitsfrontpflicht, durch den Wucher zu stören, hingewiesen. Je größer der Wucher wird, je weniger die Industriellen, die Großhändler und die Großagrarier daran denken, die Preise herabzusetzen, um so mehr lassen sie ihre Tintenkulis in den bürgerlichen Zeitungen nach dem Preisabbau schreien. Aber trotz dieser schönen Worte und Aufrufe, trotz der nationalen Pflicht ist von einem Preisabbau nichts zu bemerken.

Die bürgerlichen Zeitungen sind gezwungen, das selbst durch ihre Statistiken zuzugeben. Die „Industrie- und Handelszeitung" verzeichnet für die vergangene Woche im Großhandel einen durchschnittlichen Preisrückgang von sage und schreibe 5,7 Prozent, während allein in der gleichen Woche der Dollar um 11,6 Prozent zurückgegangen ist, gar nicht zu sprechen von den Rückgängen in den vergangenen zwei Wochen. So kommt es, daß die Großhandelspreise durchschnittlich auf das 6650fache gegenüber dem Vorkriegsstand gestiegen sind, während der Entwertungsfaktor der Mark, gemessen am Dollarmittelkurs in Berlin, in der vergangenen Woche durchschnittlich 5002,8 war. Der Großhandelsindex des „Berliner Tageblatts" zeigt einen Rückgang von 7 Prozent für die Zeit vom 13. bis 20. Februar.

Während so die Großhandelspreise durchschnittlich über dem Vorkriegsstand stehen, sind viele und gerade sehr wichtige Waren über den Weltmarktpreis gestiegen. (Das Ueberschreiten des Vorkriegsstandes über das Weltmarktniveau ist nicht das gleiche, denn überall in allen Ländern sind heute die Preise höher als in der Vorkriegszeit.) Die Kohlen-, Eisen- und Metallgebindepreise sind über Weltmarktparität. Es sei nur hier angeführt, daß die englische Kohle am 19. Februar 141 000 Mk. kostete, die deutsche Kohle 160 000 Mk. Am gleichen Tage englisches Eisen 640 000 Mk., deutsches Eisen 783 000 Mk. Der Getreidepreis betrug am 21. Februar in Berlin 59 000 Mk., in Chikago 37 000 Mk. So sieht in Wirklichkeit der Preisabbau der Großagrarier, des Großhandels und der Industrie aus.

Nicht genug daran. Am gestrigen Tage waren bereits mehrere Preissteigerungen im Kleinhandel zu verzeichnen. Also keinen Preisabbau, sondern eine Erhöhung der Preise wollen die patriotischen Wucherer, die Nutznießer der Markstützungsaktion, vornehmen.

Sind vielleicht in Deutschland die Produktionskosten oder die Löhne höher und bedingen höhere Preise als im Ausland? Es ist jedem bekannt, daß gerade das Gegenteil Tatsache ist, daß sowohl die Produktionskosten wie die Löhne nur einen Teil der ausländischen Produktionskosten und Löhne in den anderen Ländern ausmachen. Wie schamlos gewuchert wird, das geht z. B. daraus hervor, daß die Holzpreise auf das 19 000fache gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen sind. Holz, das aus deutschen Wäldern ohne fremde Rohstoffe, mit billigen deutschen Arbeitslöhnen geschlagen wird.

Die neuerschienene Wirtschaftskurve der „Frankfurter Zeitung" errechnet für den Monat Januar durchschnittlich eine 1100fache Erhöhung der Löhne für verschiedene Berufskategorien. Eine wesentliche Verbesserung der Arbeitslöhne hat inzwischen nicht stattgefunden. Die Löhne der deutschen Arbeiter entsprechen einem Dollarstand von 5000. Die Löhne sind höchstens um das 1100- bis 1300fache gestiegen, während die Preise und Lebenshaltungskosten auf das 5000-, 6000- und 8000fache gestiegen sind. So kann es nicht weitergehen. Der ungeheure Wucher, der jetzt wetteifernd von den Großagrariern und den Industriellen vorgenommen wird, beweist aufs neue jedem Arbeiter klar und deutlich die Notwendigkeit der Kontrolle der Preise und der Produktion durch die Organe der Arbeiterschaft.

Die Kontrollausschüsse gegen den Wucher

VSPD. sabotiert — Demonstration proletarischer Frauen

In Suhl in Thüringen hatten die Arbeiterfrauen im Kampf gegen den Wucher einen Kontrollausschuß gebildet. Als dieser von der Stadtverwaltung seine Anerkennung forderte, erklärte der sozialdemokratische Stadtverordnete Arete Rettig, daß er eher aus der Preisprüfungsstelle austräte, als daß er der Anerkennung zustimme. Obwohl trotzdem der Magistrat die Anerkennung formell aussprach, wurde die Durchführung des Beschlusses hinausgezögert.

Darauf kam es am Sonnabend zu einer spontanen Demonstration der proletarischen Frauen Suhls auf dem Marktplatz. Der Zug begab sich zur Wohnung Rettigs, der versuchte, mit einer Eishacke auf die wehrlosen Frauen einzuschlagen, und der im Kampf für die Wucherfreiheit nach der Sipo rief. Vor dem Rathaus wurde dann die Anerkennung des Kontrollausschusses bekanntgegeben, worauf der Zug unter einem Hoch auf die Internationale sich auflöste.

In Dinslaken hat sich am 18. Februar ebenfalls ein Kontrollausschuß gebildet. Auch er ist vom Bürgermeister anerkannt worden.

Die Offensive gegen die Kommunisten

Die Besatzungsbehörden gegen Kommunisten

Verbot des „Ruhr-Echo"

Essen, 27. Februar.

Das „Ruhr-Echo", das Organ der Kommunistischen Partei, ist von dem französischen Kommandanten auf acht Tage verboten worden.

Beschlagnahmte Flugblätter und Aufrufe

Die „Westfälische Arbeiterzeitung" meldet:

In Friedrichsfeld bei Wesel beschlagnahmte die belgische Besatzungsbehörde bei einem unserer Genossen den Aufruf des 22er-Ausschusses der Betriebsräte, ein Paket Flugblätter der KPD. und einen erheblichen Teil von Werbezetteln für unser Parteilokal in Hamborn, die „Arbeiter-Zeitung". Die Flugblätter und Aufrufe wurden sofort von den belgischen Soldaten auf Geheiß ihrer Vorgesetzten verbrannt. Der Genosse, dem sie abgenommen wurden, blieb in Haft von mittags 3 Uhr bis um Mitternacht."

Radek hat keine Einreiseerlaubnis

Die Rheinlandkommission hat dem Führer der russischen Kommunisten, Radek, und seinem Begleiter die Einreise in das besetzte Gebiet verbyten.

Verhaftung des Genossen Becker

Dortmund, 27. Februar.

An der Kontrollstelle in Aplerbeck ist der Kommunist Becker, der kommunistische Flugblätter in das besetzte Gebiet bringen wollte, verhaftet worden. Der im selben Zuge reisende kommunistische Abgeordnete Stöcker ist unerkannt geblieben.

*

Das ist die Quittung dafür, daß die französischen Eindringlinge mit ihrem Zuckerbrot bei den Kommunisten beharrlich abgeblitzt sind. Jetzt zeigen sie die Fäuste. Das wird ihnen ebenso wenig helfen. Es wird unsere Genossen nur noch mehr zum Kampf anspornen.

*

Freiheit für faszistische Mord- und Brandpropaganda!

In München standen vor dem Volksgericht am letzten Mittwoch der Schriftsteller und verantwortliche Schriftleiter des „Heimatbundes", Joseph Czerazy-Stolzing, und Hauptmann a. D. Wilhelm Weiß wegen Aufreizung zum Klassenhaß. Jener hatte unter dem Decknamen Werwolf einen Aufsatz „Der Triumph des Faszismus" veröffentlicht, in dem Mussolini als „Retter der nationalen Idee gegen den Marxismus" gefeiert wird. Zur Anklagestand folgende Stelle des Artikels:

„Wir müssen den roten Terror mit denselben Mitteln und Waffen brechen, wie Mussolini in Italien! Wir müssen die Hochburgen der roten Reaktion mit stürmender Hand nehmen und die Giftbuden, von denen aus täglich die Jauche des Judengiftes in unser betörtes Volk ergießt, in Flammen aufgehen lassen! Trümmer weiter mit den Parlamenten, diesen Schwatzbuden der Revolution, diesen Kuhhandelsstätten, wo die heiligsten Volksrechte schamlos verhökert werden!"

Frank und frech erklärten die Angeklagten, daß diese überderblichen und eindeutigen Sätze nur „symbolisch" gemeint seien. Im übrigen hätten sie einen löblichen Zweck verfolgt: die Abwehr kommunistischer Angriffe:

„Den roten Terror mit denselben Mitteln und Waffen wie Mussolini brechen, heiße nichts anderes, als nach dem Beispiel Mussolinis eine große Abwehrorganisation schaffen, die stark genug ist, einem kommunistischen Aufstand entgegenzutreten. Es sei unverständlich, wie man in den gegen das Parlament gerichteten Worten eine gewaltsame Beseitigung des Parlamentes erblicken könne. Sie, die Angeklagten, strebten andere verfassungsmäßige Einrichtungen an, aber nicht mit Gewalt. „Trümmer . . . . ." sei eine poetische Fassung."

Das Gericht kam zur einstimmigen Freisprechung der beiden Angeklagten. Es sei den Angeklagten nicht zu widerlegen, daß der Aufsatz als Abwehrartikel gegen den „marxistischen Terror" gemeint sei, und deshalb liege eine strafbare Handlung nicht vor. Dadurch hat das bayrische Volksgericht, das seit vier Jahren kämpfende Arbeiter, in den Tod, ins Zuchthaus und ins Gefängnis schickt, den Faszisten für jede Schandtat gegen das Proletariat eine Freibrief gegeben. Die Blut- und Brandpoesie der Mordoffiziere, der Henker und Propagandisten des Weißen Terrors findet im Gerichtssaal Kahr-Bayerns volles Verständnis.

*

Ein Scheinmanöver gegen Roßbach. Das vor dem Reichsgericht schwebende Ermittelungsverfahren gegen den kürzlich in Hamburg vorübergehend verhaftet gewesenen Oberleutnant a. D. Roßbach hat jetzt zur Eröffnung der Voruntersuchung wegen Geheimbündelei geführt. Die Voruntersuchung erstreckt sich außerdem auf verschiedene Vereinigungen, die sich nach dem Verbot und der Auflösung der Formation Roßbach gebildet haben.

Im neugegründeten Kontrollausschuß sind sämtliche gewerkschaftliche Richtungen vertreten, und zwar: Freie Gewerkschaft (ADGB.), Afa-Bund, Deutscher Beamtenbund der jüdischen Angestellten, Christl. Metallarbeiterverband, Union der Hand- und Kopfarbeiter und Gewerkschaftsring (Hirsch-Duncker).

Am Montag, dem 19. Februar, erschien der Kontrollausschuß beim Bürgermeister von Dinslaken, um sich die behördliche Bestätigung zu holen. Er wurde anerkannt, und es wurde ihm seitens der städtischen Behörde das Recht zur Beschlagnahme von Waren und die Funktionen der Wucherpolizei erteilt.

Der Dinslakener Lohgerber-Kontrollausschuß soll in engster Fühlung mit der Arbeiter-, Beamten- und Kaufmannschaft stehen, zwecks Kontrolle und Verbilligung der Lebensmittel und sonstiger Artikel des täglichen Bedarfs.

Herabsetzung der Kohlensteuer?

(Eigene Drahtmeldung)

Wie wir erfahren, soll morgen der Wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats sich über einen Antrag der Arbeitgeber auf eine Ermäßigung der Kohlensteuer von 40 auf 20 Prozent und auf Ermäßigung der Eisenbahntarife beschäftigen.

*

Nachdem die Kohlenmagnaten mit den 40 Prozent Kohlensteuer ein glänzendes Geschäft gemacht haben, indem sie die Steuer nicht ablieferten, wollen sie nun, da die Kohlenpreise über Weltmarkthöhe gestiegen sind, eine Ermäßigung der Kohlensteuer erzwingen. Es kann gar keine Frage bestehen, daß auch diese 20 Prozent in ihre Tasche fließen werden, da die Kohlen sicher nicht um 20 Prozent billiger werden, wenn die Steuer aufgehoben wird. Die Arbeiter verlangen die Aufhebung aller indirekten Steuern und die Abwälzung der Steuerlasten auf die Besitzenden. Aber sie haben keine Lust, den Gewinn der Unternehmer zu erhöhen.

„Zum Schutze der Republik"

Brauchst Du künstlichen Dünger — kauf' ihn bei den Franzosen, denn die deutschen Anilinpatrioten haben ihre Patente an französische Konzerne verkauft. (In diesem Geschäft wird nichts an Franzosen und Belgier verabfolgt.)

Brauchst Du Aspirin — kauf's bei den Franzosen, denn der Anilintrust hat das Rezept verschachert.

Brauchst Du Salvarsan — kauf's bei den Franzosen, denn die chemischen Patrioten haben diesen „Erbfeinden" die Herstellungsgeheimnisse übergeben. (Deutsche, meidet französische Waren!)

Sollst Du mit Giftgas aus der Welt gebracht werden — die fabriziert jetzt unter Aufsicht der Franzosen die Badische Anilinfabrik.

Sollstest Du aber vor den Staatsgerichtshof „zum Schutze der Republik" gestellt werden, z. B. wegen Hoch- und Landesverrats, so sollst Du wissen, daß der Herr Justizrat Dr. Michel, Direktor der Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen, stellvertretendes Mitglied dieses Staatsgerichtshofs ist, also über Hoch- und Landesverrat bestimmt sehr kompetent entscheiden kann.

Die VSPD.-Arbeiter Sachsens für ein Zusammengehen mit den Kommunisten

(Eigene Drahtmeldung)

Leipzig, 28. Februar.

In den letzten Tagen haben in Sachsen die Unterbezirkskonferenzen für die Wahl der Delegierten zu der auf den 4. März anberaumten Landeskonferenz der VSPD., die über die Regierungskrise entscheiden soll, stattgefunden. Diese Konferenzen haben fast ausnahmslos mit einer schweren Niederlage der VSPD.-Führerschaft geendet. Obwohl die VSPD.-Presse und die Parteibureaukratie in den letzten Tagen mit steigender Heftigkeit für die Koalition mit dem Bürgertum eingetreten ist, haben die Arbeiter auf den Unterkonferenzen erklärt, daß sie jede Koalition mit dem Bürgertum ablehnen, daß sie vielmehr weitestgehende Konzessionen an die Kommunisten und für den Fall eines Scheiterns der Verhandlungen mit diesen die Landtagsauflösung fordern. In Dresden, Plauen, Zwickau, Leipzig und anderen Orten wurden nur Kandidaten gewählt, die sich für diesen Standpunkt entschieden hatten. Die „Dresdener Volkszeitung" erhielt ein versteckes Mißtrauensvotum wegen ihrer Haltung zur Koalitionsfrage.

Dollar heute vormittag 22600 Mark

Die Eunuchen haben neue Einfälle

Telegramme aus London bringen folgende Nachricht:

„Die Arbeiterpartei hat einen von Ramsay Macdonald Clynes und Henderson unterzeichneten Antrag im Unterhause eingebracht, der folgenden Wortlaut hat: „Das Unterhaus glaubt, daß die Völker Europas die Aufrechterhaltung des Friedens wünschen, sowie die Durchführung einer Politik, die im Sinne der Aufrechterhaltung des Friedens arbeitet, und ist somit der Ansicht, daß die Parlamente von Frankreich und Belgien eingeladen werden sollten, je eine Kommission zu bilden, die aus allen Parteien zusammengesetzt ist, um mit einer vom Unterhause zu bildenden ähnlichen Kommission ihre Ansichten über die Besetzung der Ruhr und die damit zusammenhängenden Reparations- und Sicherheitsprobleme auszutauschen."

*

Also eine Parolenänderung in der 2. Internationale? Gestern hieß es: der Völkerbund und Amerika! Heute eine aus drei Parlamentskommissionen zusammengesetzte Kommission zwecks Ansichtenaustausches. Ueberflüssig ist es zu bemerken, daß die von den Herren Macdonald und Genossen ergriffene Initiative der Regierung Bonar Laws nur genehm sein kann und daß auf irgendeinen praktischen Erfolg keine Aussicht ist.

Der Fall Oehme soll ablenken

Wie wir gestern mitteilten, ist gegen den Redakteur der „Deta", Walter Oehme, ein Ermittelungsverfahren wegen Landesverrats eingeleitet worden, weil er Nachrichten über Konflikte im Cuno-Kabinett im Ruhrkonflikt an ausländische Agenturen und über Reichswehrmenteresien in München weitergegeben habe. Diese Ermittelungen benutzte die Abteilung I des Berliner Polizeipräsidiums und die bürgerliche Presse, um Oehme in Verbindung mit den Enthüllungen der „Roten Fahne" über Seeckts Rüstungen zum Bürgerkrieg zu bringen. Die „Rote Fahne" kann dazu erklären, daß das Material, das von Oehme stammen soll, ihr von mehreren anderen Seiten zugegangen ist.

Der Fall Oehme, der nach dem Muster des Fechenbach-Prozesses aufgemacht wird, soll offenbar der Regierung dazu dienen, die Oeffentlichkeit von den Feststellungen der „Roten Fahne" über die engen Beziehungen der Reichswehr mit der Orgesch abzulenken. Der Versuch wird nichts nützen. Die Tatsachen bleiben bestehen. Sie sind inzwischen auch von der bürgerlichen Presse tausendfach bestätigt worden.

Die Kommunisten haben das Vertrauen der Arbeiterschaft. In der am 20. Februar stattgefundenen Jahresgeneralversammlung des Bezirkes Geesthacht bei Hamburg des Deutschen Bauarbeiterverbandes wurden sämtliche Posten im Vorstande von Kommunisten wieder besetzt. Die Wahlen der Vertreter zum Ortsausschuß sowie der Vertreter zur Generalversammlung in Hamburg ergaben, daß sämtliche kommunistische Vertreter wiedergewählt wurden. Zum Vorsitzenden des Bezirks wurde der Genosse W. Junge wiedergewählt.

Die Krieg im Westen

Neubesetzungen

Die Nachricht von der Besetzung Limburgs a. d. Lahn war eine Falschmeldung. Das Gebiet zwischen Mainzer und Koblenzer Brückenkopf ist besetzt worden bis nach Kirberg. Mannheim soll mit Besetzung bedroht sein. Der Bahnhof Schee bei Hattingen und der Güterbahnhof Hörde wurde neu besetzt, der Bahnhof Königswinter wurde wieder geräumt. Die Warenkontrolle wird scharf gehandhabt. Die Verkehrslage hat sich verschlechtert. Der Betrieb auf dem Dortmund—Ems-Kanal ist infolge des Versuches der Franzosen, 10 Prozent Zoll zu erheben, zum Stillstand gekommen.

Der Besatzungsdruck

Essen, 27. Februar.

Gegen 5 Uhr nachmittags fand auf der Kaupenhöhe eine Tagung des Hausfrauenbundes statt. Eine Kompagnie französischer Soldaten mit mehreren schweren Maschinengewehren rückte vor das Gebäude und löste die Versammlung auf.

Weiter melden die bürgerlichen Nachrichtenstellen große Requisitionen der Besatzungstruppen, Beschlagnahme von Geldern, Uebergriffe einzelner Soldaten, weitere Verhaftungen und Ausweisungen. In Essen soll ein Italiener von französischen Soldaten erschossen worden sein.

„Farbige". Bei der französischen Einquartierung in Werden, Velbert und Kupferdreh befinden sich auch schwarze Soldaten. Sie sind in Privatquartieren untergebracht und versehen auch den Straßendienst mit. Die bürgerliche Presse ist ganz aus dem Häuschen und macht in Entrüstung z. B. darüber, daß vor dem Rathaus Velbert farbige Soldaten als Posten stehen. Die Bevölkerung, abgesehen von einigen nationalistischen Bürschchen, ist ruhig.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192302 28-10/fragment/page=0002

Annahme des Reichswehretats

Auch die VSPD. stimmt dafür

Der Reichstag setzte am Dienstag die 2. Beratung des Haushalts des Reichsministeriums vor fast leerem Hause fort. Wer geglaubt hatte, daß durch die von der Berliner Organisation der VSPD. beantragte Ablehnung des Heeresetats die Sitzung ein stärkeres Gepräge erhalten würde, sah sich getäuscht.

Zunächst kam unter den kleineren Vorlagen noch der Abänderungsantrag über die Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Unternehmensempfängern, der Invaliden- und Angestelltenversicherung zur Sprache. Der Reichsrat verlangt, daß das Reich den Gemeinden 80 Prozent der verauslagten Unterstützungsbeträge ersetzen soll, die Reichsregierung will an den 80 Prozent festhalten und der Reichshaushaltsausschuß vertritt denselben Standpunkt.

Genosse Malkahn sprach sich für 100 Prozent aus.

Der kommunistische Antrag auf 100 Prozent wird abgelehnt, ebenso die Reichsratvorlage. Es bleibt also bei den geltenden 80 Prozent zu Lasten des Reichs.

Bei der Beratung des Etats des Wehrministeriums betonte Lederer, daß die Verbindung der Reichswehroffiziere mit den illegalen Geschwerbänden nachgewiesen sei.

Nachdem noch der sozialdemokratische Abg. Künstler eine Reihe von Beschwerden gegen die Reichswehr vorgebracht hatte, nahm der Reichswehrminister Dr. Geßler das Wort zur Erwiderung, die nur recht hilfloses Verlegenheitsgestammel war. Auf die Enthüllungen über „Roten Fahne" und die von unserem Redner vorgebrachten einzelnen Fälle ging er mit keinem Worte ein.

Genosse Fröhlich hielt dem Minister und seiner Reichswehr in einer vernichtenden Erwiderung nochmals das Sündenregister vor: Es sei ja beschämend, daß ein deutscher Reichsminister es wagt, im Reichstag zu erklären, daß er sich erst seit ein paar Monaten bemühe, die Verbindung zwischen Reichswehr und den Orgelschverbänden zu zerreißen. Wo sei eine einzige Maßregel gegen monarchistische Offiziere? Wenn Herr Geßler will, könnte er auch die Entwaffnung der Orgelschverbände durchsetzen, ist doch auch die Arbeiterklasse mit schärfster Grausamkeit entwaffnet worden. Diese Waffen sind an die Orgelschverbände gegeben worden. Wir haben bisher nur einen kleinen Teil unseres Materials über die Reichswehr vorgebracht. Wenn die Arbeiter erst einmal wirklich sehen gelernt haben, dann werden sie erkennen, was in dieser Bude, die sich Reichswehrministerium nennt, vorgeht, dann werden sie diese Bude säubern, und manches andere wird dann mit auf dem Schindanger der Geschichte fliegen.

Damit schloß die Besprechung. Das Ministergehalt wurde gegen die Stimmen der Kommunisten bewilligt. Die kommunistische Entschließung auf Anklage und Entlassung des Generals v. Seeckt, auf Reinigung der Reichswehr, Entwaffnung aller gegenrevolutionären Organisationen und Errichtung von Arbeiterwehren wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. — Dieser Reichstag, diese Republik und diese Sozialdemokraten sind dieses Geßler und seiner gegenrevolutionären Formationen würdig.

Bei der Einzelberatung bespricht Abg. Dr. Moses (Soz.) zum Sanitätswesen noch die Zunahme der Geschlechtskrankheiten und der Selbstmorde in Heer und Marine. Im Jahre 1921 seien in der Reichswehr 137 natürliche Todesfälle vorgekommen und 105 Selbstmorde. Im Jahre 1922 100 Selbstmorde. In der Reichswehr kommen prozentual siebenmal so viel Selbstmorde vor wie im übrigen deutschen Volk. Mißhandlungen, Beschimpfungen und der alte reaktionäre Geist müssen ausgerottet werden. Ein kommunistischer Antrag auf Streichung der „Seelsorge" wird abgelehnt und der Rest der Ausgaben und Einnahmen der Reichswehr werden genehmigt.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten, die für Geßler gestimmt haben, haben damit bewiesen, wie wenig sie den Willen ihrer Parteimitglieder achten. Sie haben sich mit einem Achselzucken über die Resolution ihrer Berliner Mitgliedschaft hinweggesetzt.

Preußischer Landtag

Der Landtag besprach am Montag und Dienstag den Landwirtschaftsetat. Genosse Steiger ergänzte die Ausführungen des Genossen Kilian über den Wucher des Junkertums und die Ausbeutung der Landarbeiter. Als krasses Beispiel für die Ausbeutung des Landproletariats durch die Junker führte er an: Ein Gutsbesitzer Heidemann im Kreise Arnswalde zahlte 17 jugoslawischen Landarbeitern solche Hungerlöhne, daß die Leute, wenn sie nicht umkommen wollten, ihre Arbeit aufgeben mußten. Völlig mittellos liegen diese armen Landproletarier schon seit einer Woche in Berlin, ohne Obdach, da sie kein Geld für die Rückfahrt in ihre Heimat erhalten, müssen sie in den Wartesälen nächtigen.

Genosse Schulz (Neukölln) wies darauf hin, daß die Berliner Konsumgenossenschaft vergeblich von den nach der Aussage des Landwirtschaftsministers bereitgestellten Krediten einen Anteil von 25 Millionen Mark gefordert habe. Der Finanzminister habe geantwortet, daß ihm von solchen Krediten nichts bekannt sei. Entweder schwindelt also der Finanzminister oder der Landwirtschaftsminister.

Bei der Abstimmung wurde ein kommunistischer Antrag auf Verbot der Technischen Nothilfe bei landwirtschaftlichen Streiks abgelehnt. Die VSPD. war wieder einmal gespalten. Ein Drittel stimmte mit den Bürgerlichen für die Technische Nothilfe, während der größte Teil sich für den kommunistischen Antrag entschied.

Wulle auf dem Arbeitersang

Kein Tag, an dem nicht Wulle sprechen will. Kein Tag, an dem die Arbeiter ihm nicht das Maul stopfen. Nur Lipinski kann sich noch rühmen, daß seine Ministerkraft ausgereicht hat, Wulle in Leipzig gegen den Arbeiterzorn zu schützen. In Jena sollte Wulle sprechen: die Arbeiter ließen es nicht zu. In Erfurt wollte er am Sonnabend auftreten: der proletarische Selbstschutz besetzte den Saal und erzwang trotz eiligst herbeigeholten fünf Hundertschaften Sipo die Auflösung der Versammlung. In Hannover wollte er gestern abend sprechen: selbst Noske wurde durch die einmütigen Kundgebungen der Arbeiter aller Parteien gezwungen, die Versammlung zu verbieten. Wulles Partei erklärt, um „die Seelen der Arbeiter ringen zu wollen". Die bitteren Erfahrungen, die Wulle in den letzten 8 Tagen gemacht hat, zeigen ihm, daß man dem Fang von Arbeiterseelen mit nationalistischen Gummiknüppeln leicht selbst unter den Schlitten kommen kann.

Ausland

Arbeiterkämpfe in Budapest

(Eigene Drahtmeldung)

Wien, 27. Februar.

Die Zahl der ausgesperrten Budapester Arbeiter ist auf 60 000 angewachsen. Die bisher unternommenen Vermittlungsversuche scheiterten. Die Metallarbeiter legten trotz entgegengesetzter Parolen der Gewerkschaftsleitung die Arbeit in den Betrieben nieder, wo Teilaussperrungen erfolgten. Am 26. Febr. haben auch die Arbeiter in den Csepeler Manfred Weiß-Werken den Streik erklärt. Der Führer der Metallarbeiter-Gewerkschaft, der Abgeordnete Kabok, erklärte, daß der jetzige Lohnkampf von unabsehbaren Konsequenzen sei, da der Anschluß der Arbeiterschaft anderer Branchen an die Bewegung wahrscheinlich ist.

Aus der Partei

Achtung, Delegierte zum Leipziger Parteitag! Alle Genossen, die in Leipzig ein Bild von den Aufnahmen des Parteitages bestellt haben, werden ersucht, ihre Adressen umgehend an uns einzusenden, da durch unglückliche Umstände das Verzeichnis dem Besteller verlorengegangen ist.

Reichskomitee der Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland, Berlin, Rosenthalerstraße 38.

Gewerkschaftsbewegung

Die kommunistischen Metallarbeiter in Essen erobern zum zweitenmal die Ortsverwaltung

(Eigener Bericht)

Essen, 27. Februar.

In einer vor einigen Wochen stattgefundenen Generalversammlung der Metallarbeiter in Essen erhielt die kommunistische Liste zur Ortsverwaltung die überwältigende Mehrheit. Gegen die Wahl wurde seitens der Reformisten Protest eingelegt. Daraufhin ordnete der Hauptvorstand des DMV. unter Umgehung des Ortsstatuts Urwahl an. Die Wahl brachte jetzt für die Liste der VSPD. eine vernichtende Niederlage. Bis abends 7 Uhr ergab sich als Resultat für die Liste Kisczat (KPD.) eine Stimmenzahl von 3720, während auf die Liste Marquard (SPD.) nur 2972 Stimmen entfielen. Damit haben die Essener Metallarbeiter der VSPD. und dem Hauptvorstand eine deutliche, nicht mißzuverstehende Absage erteilt.

Auch im Bauarbeiterverband kommunistische Siege

Aus Essen wird uns geschrieben: Verschiedene in den letzten zwei Wochen stattgefundene Wahlen im Bauarbeiterverband beweisen, daß auch hier die Politik Paeplows und seiner Lakaien Fiasko erlitten hat. Trotz des großspurigen Jahresberichts des Essener Bevollmächtigten Wiersdörfer, in dem er (erst vor drei Wochen) alle „kommunistischen Schreier und Urlaubsheiden" totschlug, konnten unsere Genossen die nachfolgenden Erfolge buchen: In der Sektionsversammlung der Bauhilfsarbeiter wurden sämtliche Vorstandsposten der Sektion sowie alle Kartelldelegierte und Generalversammlungsdelegierte von Kommunisten besetzt; die Sektion der Maurer entsandte zur Generalversammlung zwei Kommunisten und einen Ersatzmann; die Sektion der Fliesenleger besetzte sämtliche Funktionärposten mit Kommunisten; in der Sektion der Stukkateure wurden sämtliche Funktionen, mit Ausnahme der Delegationen zur Generalversammlung, von Kommunisten besetzt; die Sektion der Isolierer wählte zum Vorsitzenden einen Kommunisten; die Reformisten protestieren aber gegen seine Anerkennung, weil er von der Union übergetreten ist und dadurch noch keine zwei Jahre Mitglied ist.

Arbeiter, Kollegen!

Nehmt sofort in den Betrieben zur Organisierung von

Abwehrtrupps

gegen die faszistischen Banden

Stellung. Nehmt nicht nur dazu Stellung, sondern geht auch so schnell wie möglich zur Organisierung von Abwehrtrupps in den Betrieben über. Vergeßt dabei auch nicht, daß kein Arbeiter mit der leeren Faust gegen einen Faszisten kämpfen kann, der mit einem Gummiknüppel oder Revolver bewaffnet ist. Sorgt dafür, daß nicht wir, sondern die andern die uns zugedachten Schläge bekommen.

Aus der Provinz

Trottel!

H. setzt im „Volksblatt" seine Hanswurstiaden fort, trotzdem wir ihm einwandfrei seine Lügen nachgewiesen haben. Er faselt vom „Zusammenbruch der kommunistischen Werbetrupp in den Gewerkschaften", trotzdem feststeht, daß die kommunistische Agitation in den Gewerkschaften sehr erfreuliche Fortschritte macht. Alle Welt weiß das, nur H. und sein „Volksblättle" nicht. Natürlich, wenn letzteres stets und ständig die kommunistischen Erfolge in den Gewerkschaften totschweigt, dann kann es ja nicht anders sein. Wiederholt haben wir schon darauf hingewiesen, daß über die menschewistischen Niederlagen im Zeitz-Weißenfelser Braunkohlenrevier, im Bitterfelder Metallarbeiterverband usw. das „Volksblatt" noch keine Zeile berichtet hat. Es hat das bis heute noch nicht getan und es wird dies auch nicht tun, sonst würde es sich ja selbst entlarven mit seinen Schwindeleien. Das gleiche ist der Fall, wenn es schreibt, wir hätten unsere eigene Niederlage eingestanden. Und die sieht so aus: Das „Volksblatt" schrieb, auf der Konferenz der kommunistischen Bergarbeiter seien nur 15 Delegierte anwesend gewesen. Wir schrieben darauf: „Frech lügt H., daß auf der Konferenz nur 20 Delegierte anwesend waren, und von diesen 20 noch fünf Hochposten der VSPD. waren. Lüge, gemeine Lüge." Darauf schreibt nun unser Menschewist, wir hätten bestätigt, daß in der Tat nur 15 Delegierte anwesend waren. Da bleibt wirklich nur noch die Frage, ob solche Trottel noch ernst zu nehmen sind! Es muß H. und Konsorten fürchterlich wurmen, daß sie über die Verhandlungen und Beschlüsse der Konferenz nichts wissen, trotzdem sie angeblich fünf Hochposten dort hatten. Daß letzteres geschwindelt ist, haben wir bereits dargelegt. Sie möchten nun gern von uns darüber etwas erfahren. Wir werden ihnen aber etwas husten; mögen sie sich doch an ihre „Hochposten" wenden! Ja, ja, wir verstehen den Schmerz, aber wir stehen auf dem Standpunkt: Wenn Dich die bösen Buben locken, so folge ihnen nicht!

Muß das übrige Geschreibsel nochmals einzugehen, lohnt wirklich nicht. Es gibt eben Leute, die nicht belehrbar sind, selbst wenn man mit Engelszungen reden würde. Es wäre genau so, als wenn man dem Nilpferd im hallischen Zoo einen Vortrag halten wollte über den ebertinischen Sozialismus. Wir betonen aber nochmals, daß wir mit dem Verlauf und Ergebnis der Konferenz, auf der sämtliche mitteldeutschen Reviere vertreten waren, sehr zufrieden sind. Die Auswirkung wird sich ja bald zeigen, nicht etwa in Spaltung der Gewerkschaften, wie man uns andichtet, sondern im Gegenteil sind wir mehr als die Amsterdamer bestrebt, alle Arbeiter in den freien Gewerkschaften beisammen zu behalten, weil wir der Ansicht sind, daß zur Eroberung der Staatsgewalt die in den Gewerkschaften vereinigten Massen notwendig sind. Wer die Gewerkschaften spaltet, sind jene Leute, die für die Mitglieder nichts tun, deren Interessen mit Füßen treten und jene Genossen, die dagegen opponieren, aus den Gewerkschaften hinauszuschmeißen. Daraus resultieren die Gefahren, die den Gewerkschaften drohen. Sie zu verhindern, ist und bleibt unsere Aufgabe.

„Rote Hilfe"

57. Quittung der Bezirksleitung über eingegangene Beträge.

Sammlungen: Versammlung Zscherben 882 Mk.; Versammlung Rosleben 3575 Mk.; Ungenannt 20 Mk.; Genosse Bockau, Piesteritz, 100 Mk.; Genosse Gallam, Piesteritz, 600 Mk.; Allgem. Sängerchor, Piesteritz, 2880 Mk.; gesammelt beim Unterhaltungsabend des K. J. Dölau 550 Mk.; Radfahrerverein „Vorwärts", Gleisien, 1500 Mk.; Kegelklub „Neun Brüder", Gleisien, 1100 Mk.; Dachdeckerverband Mühlberg 500 Mk.; KPD. Piesteritz 510 Mk.; Dachdeckerverband Piesteritz 500 Mk.; KPD. Piesteritz 510 Mk.; Roltzsch's Restaurant, 1200 Mk.; Genosse Künstling, Halle, 100 Mark; Genosse Bethge, Könnern, 500 Mk.; Genosse Menzel, Körnerstraße, 200 Mk.; Bandoniumklub Nietleben 600 Mk.; Genosse Walter Sonneberg, Halle, 200 Mk.; MVC., gesammelt beim Maskenball in Kl.-Kugel, 666 Mk.; Genosse Paul Döschner, Halle, 450 Mk.; Genosse Paul Rohrbeck, Halle, 100 Mk.; Genosse Hühndorf, Ammendorf, 10 Mk.; Genosse Uhlmann, Halle, 500 Mk.

Marken: Distrikt 8, Halle, 130 Mk.; Ortsgruppe Dieskau 250 Mk.

Listen: Liste Nr. 18003 und 18073 gesammelt durch Genossen Lorenz, Halle, 2502 Mk.

Bezirksleitung Halle-Merseburg der KPD., Abtl. II. Sämisch.

Bitterfeld. Die menschewistischen Spaltpilze an der Arbeit! Den Helden von der VSPD. ist ihr wiederholter Reinfall in die Knochen gefahren. Nach der Blamage des großen Taktikers Baum in der letzten Kartellversammlung versuchen nun einige von den Demagogen um Kirmse herum, die übergroße Dummheit des ersten Vorsitzenden ihrer Partei vor den Augen ihrer Mitgliedschaft zu vertuschen. So schwafelt der Berichterstatter in der Montagnummer des Harzer Käfeblattes, nachdem er sich die Dummheiten des Baum überlegt hat, davon, daß die nächste Kartellversammlung mit den gefaßten Beschlüssen der letzten Versammlung sich noch einmal befassen müsse. Das möchte den Herrschaften so passen! Erst stimmen die VSPD.-Leute für die Anträge des „Parolenschmiedes Sachse von der KPD.", und dann, wenn Beschluß gefaßt ist, beschäftigt man sich mit seiner eigenen Dummheit und versucht sie wieder umzustoßen. Für solche Schildbürgerstreiche haben wir kein Verständnis. Sehr bezeichnend ist das Klagelied, das der Berichterstatter anstimmt, daß es keine sozialistische Mehrheit mehr im Kartell gibt. Ja freilich, die herrlichen Zeiten der Parteidemagogen im Kartell durch die Fraktze, Baum, Kirmse und Kompagnie sind vorüber: es alle Delegierte anwesend sind oder nicht, die Diktatur der VSPD. ist gebrochen. Darüber hilft auch das Geschreibsel dieser Provinzartikler nicht hinweg. Wir müssen uns auch klar darüber sein, und das muß besonders hervorgehoben werden, daß die Baum und Kirmse die Spaltung des Kartells und der Gewerkschaften, wie sie bereits in der letzten Kartellsitzung versucht worden ist, nun erst recht betreiben werden. Ihre Biedermeiermiene kann uns nicht darüber hinwegtäuschen. Wir werden aber hübsch die Augen offen halten und ihnen bei jeder Gelegenheit auf die Finger gucken.

Schkona. Ecce homo! (Seht, welch ein Mensch!) So könnte man ausrufen, wenn man die Erwiderung des Bergarbeiterangestellten Kirmse aus Bitterfeld zu dem Versammlungsbericht aus Schkona liest. Wir glauben gern, daß ihm die Wege, die der Referent wiederholt zeigte, nicht klargeworden sind; das fällt schon einem alten Rechtssozialisten schwer, geschweige denn solch einem Novembersozialisten, wie es Kirmse ist. Aber auch als solcher müßte man wenigstens zu seinen Worten stehen können, wenn man schon in der Versammlung die Sachlichkeit anerkennt, auch die Ursachen und Wirkungen zugesteht, nicht aber die Wege des Kampfes teilt. Diese alte abgeleierte „Abfertigung" von Kommunisten als Phraseure zieht nicht mehr, da muß man schon mit sachlichen Argumenten kommen. Wenn man aber schon gezwungen ist, „von einem Diskussionsredner" zu sprechen und seinen Namen aus bekannter Feigheit verschweigt, dann kann man natürlich auch nicht erwarten, daß Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit zu ihrem Rechte kommen. Es bleibt schon dabei, daß Kirmse ein sehr guter Rechtssozialist ist, niemals aber ein Kommunist werden kann, eben weil dazu schon ein tieferes Rückgrat gehört als es Kirmse besitzt. Im übrigen werden wir dafür eintreten, daß ihm in diesem Falle für seine Namensnennung keine weiteren Folgen entstehen.

Wolfen. Die Wolfener Filmfabrik scheint nach den Angaben einiger Mädchen das reine Zuchthaus zu sein. Es geht uns folgendes Schreiben zu: W. Genossen! Lange haben wir geschwiegen über die Zustände, über die Behandlung, die uns in der Filmfabrik widerfährt. Nicht genug, daß uns das Tageslicht volle acht Stunden entzogen ist, nicht genug, daß uns ein so karger Lohn gezahlt wird, nein, man muß sich von anderen Mädchen, vom Betriebsleiter und vom Polizeikommissar a. D. Goldbach, Worte an den Kopf werfen lassen, die einem das Blut zum Kollen bringen möchten. Als jetzt der Ruhr-Rummel einsetzte, brachte es die Aufsichtsdame Frl. Behm aus Dessau fertig, zu kommandieren: Jetzt wird „Deutschland, Deutschland über alles" gesungen! Und der größte Teil der eingeschüchterten Mädchen stimmte ein. Spricht sonst ein Mädchen ein bißchen laut, so ruft sie gleich: „Ich werde Sie zur Bestrafung melden." Ja, wenn man zu Hause ein großes Geschäft hat und aller Sorgen enthoben ist, da kann man wohl sich der Worte bedienen: „Ihr verdient zuviel." Ebenso betreibt es Frl. Scheibe. Meldet sich ein Mädchen einmal krank, so kommen von ihren Lippen die komischen Bemerkungen: „Sie sind wohl extra in die Filmfabrik gekommen, um sich krank zu melden." Wir möchten Frl. Scheibe einmal fragen, wie oft sie schon krank gewesen ist in den drei Jahren, wo sie hier ist. Aber dies alles könnten sie nicht tun, wenn sie von den anderen Mädchen nicht so unterstützt würden. Gerade durch solche Treibereien wird das Kriechertum großgezogen. Einige versuchen nun, irgendeinen Posten zu erhaschen, durch Arbeit können sie das nicht, und so muß eben das Anschwärzen herhalten. Hervorragendes leistet sich darin Frl. Hagemeister aus Bobbau; dieser ist kein Mittel zu schlecht, um etwas zu werden. Und so könnte ich Ihnen noch mehr aufzählen, doch will ich es heute genug sein lassen. Aber Euch Mädchen rufe ich zu: Hände weg von allem Verklatschen, denn dadurch verbessert Ihr Euch nicht. Bietet Trotz dieser ganzen Gesellschaft und organisiert Euch, dann wird für Euch die Stunde schlagen, wo Ihr Euch aller Fesseln entledigen könnt.

Eilenburg. Das Geschäft geht glänzend! Die außerordentliche Generalversammlung der Leipziger Pianofortefabrik Gebr. Zimmermann beschloß, wie die „E. N. N." melden, die Erhöhung des Aktienkapitals um 10 auf 17,5 Millionen Mark durch Ausgabe von 9500 Stück Stammaktien und 500 Stück Vorzugsaktien. Beide Aktiengattungen sind ab 1. Juli 1922 dividendenberechtigt. Der Ausgabekurs sei mit 500 Prozent geplant mit Rücksicht darauf, daß die Bezugsrechtsteuer von der Verwaltung getragen werde. Die Aktien übernimmt ein Konsortium mit der Verpflichtung, 7 Millionen Mark den Aktionären im Verhältnis von 1 zu 1 zu 555 Prozent anzubieten. 1 Million Mark wird Vorstand, Aufsichtsrat und Angestellten überlassen mit einer Verkaufssperre für den Aufsichtsrat und Vorstand von drei Jahren und für die Angestellten auf zwei Jahre. Die restlichen 1½ Millionen Mark werden freihändig veräußert. Den Arbeitern soll kein Anteil an den 1½ Millionen Mark gewährt werden. Sie haben darauf verzichtet in der Voraussetzung, daß ihnen die Verwaltung eine Wirtschaftsbeihilfe gewährt. Auf Anfrage teilte die Verwaltung mit, daß das Unternehmen nach wie vor gut beschäftigt sei. Die weitere Entwicklung lasse sich zwar nicht genau übersehen, doch sei man mit Rohmaterialien gut versorgt.

— Rot anstreichen im Kalender! Es geschehen tatsächlich noch Wunder! Jetzt ist sogar der Milchpreis herabgesetzt worden, und zwar von 540 Mk. auf 480 Mk., also um ganze 60 Mk.; der Dollar ist aber um etwa die Hälfte gefallen. Man sieht, die Preise sind zwar rapid gestiegen, aber sie gehen nur um eine geringe Kleinigkeit zurück. Bei anderen Artikeln wird der Preis noch etwas erhöht, so daß sich die Sache wieder ausgleicht. Uebrigens sind wir überzeugt, daß die Herabsetzung des einen oder anderen Preises nur eine vorübergehende Erscheinung ist, denn der Dollar wird bald wieder auf 50 000 stehen oder gar darüber hinaus.

Provinz-Chronik

Die Gasmeteranlage in der Clausthaler Bergakademie, die das für die wissenschaftlichen Institute notwendige Gas aufspeichert, ist infolge von Kurzschluß explodiert. Das Dach des Gasmeterhauses ist abgehoben, die umliegenden Gebäude sind beschädigt worden. — Aus Naumburg wird gemeldet: Weil der Verdacht des Mordes an seiner Frau auf ihn lastet, erschoß sich in den Tannen beim Blütengrund ein Mann aus Gosek. — Die neuerbaute, erst acht Tage in Betrieb befindliche Kienfabrik in Düben brannte vollständig nieder. Das Feuer fand in den dort zur Verarbeitung kommenden Fetten, Oelen, Teer usw. reichliche Nahrung. — Am Dienstag früh wurde der Tierarzt Posseld in Prezsch von seiner Wirtschafterin tot vor seinem Schreibtisch sitzend vorgefunden. Die Untersuchung durch den Kreisarzt ergab Gehirnschlag.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230228-10/fragment/page=0003

Nützen Sie den richtigen Augenblick!

Decken Sie Ihren Bedarf an **Herren- und Damenstoffen** sofort. Ueberlegen und Zögern kostet heute Geld. Nur in richtiger Erkenntnis und entschlossener Erfassung der günstigsten Gelegenheit liegt der Vorteil. Warten Sie darum nicht länger, sondern kaufen Sie jetzt, der günstigste Moment ist da. Wir haben große Vorräte in: **Ulsterstoffen, Anzugstoffen, blau u. farbig, Hosenstreifen, Marengo, Damenkleiderstoffen, Kostümstoffen** usw.

Mitteldeutsche Textil-Gesellschaft m. b. H.

Große Ulrichstr. 12. Spezialhaus für Herren- u. Damenstoffe. **Große Ulrichstr. 12.**

751

Der herrlichste Gesangsfilm:
Du Mädel vom Rhein

K.P.D.

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.
Bureau u. Kasse: verchenfeldstr. 14. Fernruf 1474. – Postscheckkonto Leipzig 147 00. Arthur Sammick, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 1 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Bezirksleitung. Die für Donnerstag 1. März, nachmitt. 5 Uhr angesetzte **außerordentliche Sitzung** findet **nicht statt.** Der spätere Tag wird rechtzeitig bekannt gegeben.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Donnerstag 1. März, **in allen Distrikten** in den bekannten Lokalen: **Distriktsversammlungen.** Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Die Genossinnen müssen wegs Information betreff. d. Internationaler Frauen-Werbe-Woche restlos erscheinen.

4. Distrikt. Freitag, 2. März abends 7½ Uhr, bei Seifert, Spitze **Distriktsversammlung.**

Distrikt 7a. Unsere Distriktsversammlung findet statt am Freitag, 2. März, abds. 7½ Uhr, in der „Produktiv".

8. Distrikt. Hundert- u. Zehnerschaftsführer haben zur Distriktsversammlung einzuladen.

13. Distrikt. Freitag, 2. März, abends 7½ Uhr, in „Stadt Dresden". **Distriktsversammlung.**

Distrikt 17. Freitag, 2. März, abds. 8 Uhr, in der „Sonne": **Distriktsversammlung.**

Kommunistische Maler und Lackierer. Sonnabend, 3. März, abds. 7½ Uhr, in der „Golden Kette" (Alter Markt): **Fraktionssitzung.**

Distrikt sleiterinn. u. Funktionärinnen Freitag, 2 März, abds ½8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": **Wichtige Besprechung.**

Halle-Saalkreis.

Teicha. Donnerstag, 1. März, abends 7½ Uhr, im Gasthof Gottschalk: **Mitgliederversammlung.**

Brachwitz. Freitag, 2. März, abends 8 Uhr, i Gasthof Meth: **Mitgliederversammlung.**

Sennewitz. Freitag, 2. März, abends 8 Uhr, in der neuen Schule: **Mitgliederversammlung.**

Kreis Merseburg.

Merseburg. Donnerstag, den 1. März, abends 7½ Uhr, in der Funkenburg: **Mitgliederversammlung.**

Teuditz-Tollwitz. Sonnabend, 3. März, abends 8 Uhr, im Gasthof Prager **Mitgliederversammlung.**

Kreis Zeitz.

Zeitz. Donnerstag, 1. März, abds. 7 Uhr, im Wagners Restaurant **große Funktionärsitzung.**

Drei Könige
Monat März: Attraktions-Programm.
Künstler erster Varietébühnen.
Neues Gastspiel des bekannt. Filmschauspielers
Georg Tornell.
Trotz der riesigen Unkosten billige Eintrittspreise. 758
Wochentags: Herren 200, Damen 100 M

Meier
zahlt die **allerhöchsten Preise!** mehr wie jede Konkurrenz, für 764
Hasen-, Ziegen-, Kanin-, Maulwurf-, Iltis-, Fuchs-, Marder-, Schafwolle, Katzen- (auch lebend) sowie sämtl. gegerbte
Felle
Brüderstr. 7, Eing. Kl. Steinstr.

Weißkohl, Sauerkohl, saure Gurken, Zwiebeln, Speise- und Saatkartoffeln
in jeder Menge *108
ab Lager Hallesche Str. 37/39.
Merseburger Ein- und Verkaufszentrale
Vertaufsstelle
Täglich von 9 bis 1 Uhr mittags.
Telephon 305 und 896.

Geschäftseröffnung.
Der werten Einwohnerschaft von Halle zeige hiermit an, daß ich am **Donnerstag, dem 1. März 1923, Wörmlitzer Str. 20, Ecke Gansleinstr.** ein **Rohprodukten-Geschäft** eröffne. Kaufe sämtl. Rohprodukten zu höchsten Tagespreisen. Außerdem **gebrauchte Säcke.**
757 **H. Haring.**

Schokoladen
Zuckerwaren usw. 56
kaufen Wiederverkäufer a. billigsten d.
Bachran & Co.,
Markt 6, gegenüber Börse.

Kaufe
Alteisen, Altmetalle,
sämtliche Rohpr. dukte.
Adolf Beer,
Halle a. d. S.,
Kutschgasse 2. Kutschgasse 2.
— Nähe Alter Markt. —
Fernruf 2276. 769
Annahmestellen:
Krölwitz, Talstr. 26,
Halle, Parkstr. 7.

Kaufe laufend
Lumpen, Knochen, Papierabfälle, Zeitungen, Eisen,
Felle und andere Rohprodukte 768
P. Günther
Grafeweg Nr. 8.
Tel. 6130. Tel. 6136.

Stamm-Winkel
Auflege-Matratzen Mk. 40000
Chaiselongues von 95000 Mk. an
Mittelstraße 5a. 761 Tel. 2822

Konfirmanden- u. Herren-
Anzüge,
Gummimäntel,
Arbeiter-Bekleidung
empfiehlt zu günstigen Preisen
Riesels Monatsgarderoben,
Eingang-Geschäft, Gr. Märkerstr. 22, I.
Getragene Waren werden zurückgenommen. *104

Aufklär. Broschür. Geschlechtsleiden, ihre Erkennung u. Heilung ohne zu spritzen, **Timms Kräuterkuren,** ihre Wirkung ohne Saluarie. u. Quecksilber, Einspr., ohne Berufsstör. (D. Blutprob bestät.), m. d. Dankschr. Versand gegen Nachnahme Mk. 135,— **Dr. T. P. Rauetzer,** med. Verlag, **Hannover,** Obernstraße 3.

Modezeitungen empfehlen die Volksbuchhandlung.

Ab morgen in den
C.-T.-Lichtspielen am Riebeckplatz 759

Es ist die höchste Zeit!

Jeder Werktätige muß sich in dieser hochwichtigen Zeit über die Ereignisse auf politischem wie wirtschaftlichem Gebiete Orientierung verschaffen. Wer das will, der bestelle sofort die größte politische Tageszeitung Mitteldeutschlands, den „Klassenkampf", der neben seiner aktuellen Berichterstattung noch mit drei Beilagen ausgestattet ist. Bestellungen nehmen unsere Trägerinnen entgegen.

Ein Versuch zeitigt einen ständigen Leser!

Kaufe in Eile, wer irgend kann!

Wer wegen der verspätet herbeigeführten Devisenstürze einen Rückgang der Preise für

Reichardt-Kakao und -Schokoladen

erwartet, bedenkt nicht, daß diese Fabrikate seit jeher und sogar noch heute erheblich

unter Dollarkurs

stehen. Ihr Preis muß daher um so schneller und höher steigen, je später sie abgesetzt werden, vor allem, weil die leider nur vorübergehende Gelegenheit, die Devisenkrebite für den verarbeiteten Rohkakao zu ermäßigten Kursen abzudecken, nicht wahrgenommen werden kann, solange das Betriebskapital in Fabrikaten festliegt. Andere steigende Preisfaktoren, wie Zölle, Steuern, Frachten, Löhne, Materialien, Zinsen sind auch zu berücksichtigen. Reichardt-Kakao und -Schokoladen sind zudem nicht nur billig, sondern auch notwendig und daher

besser als Gold!

Wer die Ursachen der fortschreitenden Verteuerung erkennen will, verlange gratis den neuen

Reichardtruf!

*107

F. Lindenhahn, Halle a. d. S., Königstraße 3.

Kochherde, Oefen,
Patent-Gruben, Ofenrohre, Platten, Roste,
und alle Ersatzteile.
Emaillierte Waschkessel.

Parteischriften
empfiehlt die
Volksbuchhandlg.

Stadt-Theater
Donnerstag, abends 7½ Uhr:
Der politische Kannegießer.
Freitag **Frankius.** 762

Militär-, Manchester-, Pilot-Hosen
billigst *76
Lipper,
Magdeburg. Str. 2
am Walhalla

Felle!
Hasen
Katzen
Kanin
Iltis
Marder
Maulwurf
Schafwolle
sämtliche gegerbte **Felle**
kaufe und zahle mehr als Konkurrenz schreibt
Schulze & Kühr,
Ob. Wucherer-Str. 44
Ecke Reustr. *105

Wir kaufen
zum Selbstverbrauch
Kupfer, Messing, Zinn, Blei. 72
Hallesche Bronze- u. Metallwaren-Fabrik
Arthur Täglich,
G. m. b. H.
Halle a. d. S., Marienstraße 2.

Erstklassige
Stoffe
noch preiswert abzugeben 1762
E. A. Berthold,
Beschlagstraße 7.

Kauft nur
bei den
„Klassenkampf"-Inserenten.

Der herrlichste Gesangsfilm:
Du Mädel vom Rhein

Billige Tuchwoche!

Ich kaufe **große Posten Damen- und Herrenstoffe** und gebe meiner verehrten Kundschaft Gelegenheit zum **billigen Einkauf.** 763

G. Ruhland, jetzt Poststr. 3.

Vergleichen Sie unsere Preise mit anderen Angeboten!

Bettwäsche!

Bis 2. März drei staunend billige Tage!
Scheuen Sie nicht den weiten Weg, Sie gewinnen durch Kauf bei uns mehr als Ihr Fahrgeld.

Bettbezüge 12500, 16500 22000 Mk. usw.
Kissenbezüge 4200, 5800, 6500 Mk. usw.
Bettlaken 6500, 8500, 11500 Mk. usw.
Fert. Inletts 24000, 29000, 35000 Mk. usw.
Wäschestoffe 1900, 2500, 3300 Mk. usw.
Küchenhandtücher 850, 1450, 1750 Mk. usw.
Stubenhandtüch. 1450, 1850, 2300 Mk. usw.
Wischtücher 590, 850, 1350 Mk. usw.

Mengenangabe vorbehalten — Nur solange Vorrat
Bunte Bezüge, Satinstoffe, Tischtücher, Barchentlaken, Kolltücher, Damast- und Satinstreifen zu rücksichtslos ermäßigten Preisen.

Kein Verkauf an Ausländer — Kein Versand nach auswärts. — Riesige Massenauswahl. *106

Berl. Bettwäsche-Fabrik
Verkaufsfiliale Halle: L.-Wucherer-Str. 28.

Guterh. Kinderzeitll. zu kauf gesucht. Angebote unt. Kl. 756 an die Volksbuchhandlg. Hasz 42/44.

Luise Otto.
Erlösung von der Schwangerschaft.
— Ein Ratgeber für Eheleute —
Preis 500 Mk.
(Preiserhöhung machte sich durch Neudruck notwendig.)

Zu beziehen durch die
Produktiv-Genossenschaft f. d. Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H.,
Abt. Bezirks-Zentralbuchhandlung, Halle (Saale), Lerchenfeldstr. 14.

Wir führen alle Bestellungen, die zum alten Preise an uns gerichtet wurden, zu obigem Preise aus.

Für das **Sekretariat der KPD.-Ortsgruppe Halle,** wird zum baldigen Antritt eine **weibliche**

Hilfskraft
gesucht.

Bewerberin muß Mitglied der Partei sein, muß die Schreibmaschine beherrschen und in der Lage sein, alle technischen Arbeiten eines Parteibureaus selbständig auszuführen zu können. Reflektantinnen wollen ihre Offerte einreichen mit der Aufschrift „Bewerbung" an 760
den Vorstand der KPD.,
Ortsgruppe Halle,
Lerchenfeldstraße Nr. 14.

Druck
sachen aller Art, für Private, Vereine, Organisationen usw. liefert schnellstens in ein- u. mehrfarbiger Ausführung zu zeitgemäß. Preisen die Abteilung Buch- und Kunstdruckerei der Produktiv-Genossenschaft e. G. m. b. H. Halle, Lerchenfeldstraße 14. Fernruf 1045, 1047, 2251. Verlangen Sie Preisofferten oder den Besuch unserer Vertreter.

Ich kaufe jeden Posten
Zeitung., Papier, Bücher Lumpen, Alteisen
und zahle mehr wie jede Konkurrenz! 767
Einkaufszentrale für Rohprodukte
P. Kowalski,
Gr. Klausstr. 28, Ecke Diesterwegstr.
Kostenl. Abholung. Kostenl. Abholung.

Denkt an die „Rote Hilfe"!

Ja. Genosse sucht möbl. Zimmer. Off. unt. Kl. 755 an die Expedition des „Klassenkampf".

Dauerhafte
Rucksäcke
mit Ledertiemen
billigst 63
nur
Schmeerstr. 19,
Lederwaren-Spezial-Geschäft.

Ab morgen in den
C.-T.-Lichtspielen am Riebeckplatz

Halle und Saalkreis

Halle den 28 Februar 1923.

Internationale Frauenwoche

An die Ortsgruppen des Saalkreises!

Die Ortsgruppen des Saalkreises werden hiermit aufgefordert, für die Internationale Frauenwoche vom 4. bis 10. März 1923 öffentliche Frauenversammlungen einzuberufen und sie umgehend bei der Bezirksleitung anzumelden, damit für die Versammlung ein Referent zur Verfügung gestellt werden kann.

Ferner haben die Ortsgruppen die Pflicht, die Sondernummer „Die Kommunistin", Flugblätter und sonstiges Werbematerial zur Internationalen Frauenwoche sofort bei der Bezirks-Zentral-Buchhandlung zu bestellen. **Die Kreisleitung des Saalkreises.**

Mieterfragen

Am Sonntag fand im „Volkspark" eine überaus zahlreich besuchte Mieterratsversammlung, einberufen vom Mitteldeutschen Mieterverband, Sitz Halle, statt. Der Kollege Langheinrich sprach in eingehender Weise über die neuesten Verfügungen des Magistrats und über die Tätigkeit der Mieterräte. Der Redner führte etwa aus: Vom 1. März ist der Zuschlag für laufende Instandsetzungsarbeiten von 200 auf 400 Prozent erhöht worden. Als laufende Instandsetzungsarbeiten gelten solche, deren Kosten das Doppelte der Grundmiete des gesamten Grundstückes nicht übersteigen. Die großen Instandsetzungsarbeiten werden im Umlageverfahren aufgebracht und der Zuschlag bleibt auf 150 Prozent für das Jahr, so daß z. B. bei einer großen Instandsetzungsarbeit von 50 000 Mk. bei 10 Mietern jeder Mieter 5000 Mk. zu entrichten hätte (berechnet nach der Grundmiete). Dieser Betrag ist nun nicht auf einmal zu verrechnen, sondern verteilt sich auf mehrere Jahre. Beträgt die Grundmiete z. B. 300 Mk., so kommen unter Zugrundelegung von 150 Prozent jährlich 450 Mk. zur Abzahlung, so daß die 5000 Mk. in zirka 11 Jahren getilgt sind. Der Arbeit der Mietervertreter des Verbandes ist es zu verdanken, daß die bisherigen Zuschläge nicht noch höher sind. Es kann aber für die Mieter noch mehr erreicht werden, wenn sie sich alle organisieren würden. Der Mieterschutzverband gewährt völligen Rechtsschutz bei dem Mieteinigungs- und Wohnungsamte, sowie auch zum Teil beim Amtsgericht. Dadurch hat jedes Mitglied einen ungeheuren materiellen Vorteil gegenüber den anderen, nichtorganisierten Mietern.

Die Rechte der Mieterräte sind zwar durch das Gesetz sehr beschränkt. Die Mieterräte aber müssen bestrebt sein, diese Rechte zu erweitern. Die Mieter müssen in erster Linie wissen, zu was sie gesetzlich verpflichtet sind. Leider ist es aber so, daß eine sehr große Anzahl von Mietern aus Unkenntnis freiwillig all das bezahlen, was ihnen der Hauswirt abverlangt. Die Mieterräte haben in sehr wenigen Fällen von der Pflicht Gebrauch gemacht, die Belege für die laufenden Instandsetzungsarbeiten in der Zeit vom 1. bis 10. Februar zu prüfen, ob tatsächlich die gezahlten Gelder vollauf dazu verwandt worden sind. Die Mieterräte müssen darauf drängen, daß ihnen ein Mitbestimmungs-, Verwaltungs- und Verfügungsrecht an den Grundstücken zugestanden wird. Die Zinszuschläge waren von den Hausbesitzern allein auf 60 Prozent beantragt. Bewilligt sind 25 Prozent. Die Verwaltungskosten sollten auf 1000 Prozent gesteigert werden, bewilligt sind 150 Prozent. Ebenfalls wurden für die laufenden Instandsetzungsarbeiten 1000 Prozent verlangt, bewilligt sind 400 Prozent. Hieraus kann jeder Mieter schon ersehen, was durch eine folgefähige Mieterschutzorganisation erreicht werden kann. Die Schiebereien der Hausbesitzer sind sehr groß. Allein über 200 gerichtliche Verfügungen mußten angehängig gemacht werden, um den Hauswirten zu beweisen, daß sie kein Recht haben, besondere Gelder für die Benutzung des Waschhauses, der Waschhausutensilien und des Trockenbodens zu verlangen. Doch die Frechheit einzelner Hausbesitzer geht ja so weit, daß trotz dieser vielen Gerichtsbeschlüsse immer von neuem wieder durch ihren Syndikus Klagen beim Amts- oder Landgericht eingereicht werden. Bei der Frage der Asche- und Kloakenabfuhr steht fest, daß in Klagefällen das Mieteinigungsamt allein in dieser Frage zuständig ist, und der Zahlungstermin ab 1. November 1923 festgesetzt worden ist. Erst von diesem Zeitpunkte an hatten die Mieter die Kosten im Umlageverfahren zu zahlen. Das entgegenstehende Amtsgerichtsurteil war ein Fehlspruch und ist durch höhere Entscheidung aufgehoben. Die Mieter, die aus Unkenntnis die Kosten im Umlageverfahren für die Zeit vor dem 1. November gezahlt haben, können die Beträge wieder zurückfordern.

Als zweiter Punkt stand die organisatorische Zusammenfassung der Mieterräte auf der Tagesordnung. Um eine besondere Schulung der Mieterräte zu erwirken und um die einzelnen Mieter organisatorisch zu erfassen, ist geplant, die Stadt Halle in acht Bezirke einzuteilen. Für jeden Bezirk wird ein Bezirksvorstand aus drei Personen gebildet. Diese haben in Gemeinschaft mit dem Vorstand die agitatorischen und Aufklärungsarbeiten in den einzelnen Bezirken vorzunehmen.

Nach Erledigung der Wahlen führte der Kollege Hopf noch einen Fall aus der „Hausbesitzer-Zeitung" an, wonach von einem Hausbesitzer eine einstweilige Verfügung gegen einen Mieterrat erwirkt wurde, der angeblich widerrechtlich die Miete einkassiert haben sollte. Laut Reichsmietengesetz aber sind die Mietervertreter berechtigt die Miete einzuziehen und an den Hauswirt abzuführen. Sollten sich ähnliche Fälle wieder ereignen, so müssen die Mieterräte die Hilfe ihrer Organisation in Anspruch nehmen. Die Hausbesitzer wollen die Mieterräte grundsätzlich nicht anerkennen, weil sie glauben, die Mieterräte könnten ihre Macht brechen. Der Mieter soll eben die Pflicht haben, die ganzen Kosten des Grundstückes zu tragen, damit der Hausbesitzer in seinen Wuchergeschäften nicht gehindert wird.

Der internationale Bund der Kriegsopfer

hielt am Sonntag eine Bezirkskonferenz mit den Vertretern des Zentralverbandes der Sozial- und Unfallrentner ab, auf der folgende Entschließungen zu dem am 4. März in Erfurt tagenden Rentnerkongreß für Mitteldeutschland angenommen wurden:

„Die Zerrissenheit der Organisationen der Rentenempfänger ist gegenüber dem geschlossenen Widerstande der Reichs- und Staatsbehörden und der übrigen Unterorgane der Rentenversorgung, eine der Hauptursachen der geringen Erfolge der letzten Kampfjahre gewesen. Für die Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen, Sozial- und Unfallrentner erwächst daher die Notwendigkeit der Zusammenfassung ihrer bisher einzelnstehend starken Organisationen zu einer geschlossenen, kampfkräftigen Rahmenorganisation. Nur einer solchen Organisation wird eine erfolgreiche Arbeit zum Nutzen aller Rentenempfänger möglich sein."

„1. Die Unterbezirkskonferenz fordert Streichung des § 59 (der das Ruhen der Rente bei Verurteilung zu Zuchthaus, wegen Landesverrats, Hochverrats usw. bestimmt).

2. Im Gegensatz zur Unterbezirkskonferenz Mansfeld fordern wir nicht die Abschaffung des Offizierspensionsgesetzes, sondern Gleichstellung der Ansprüche aus dem RVG., da wir als Sozialisten kein Gesetz bekämpfen oder beseitigen wollen, das der Besserstellung von Versorgungsberechtigten dient.

3. Ferner fordern wir Beseitigung der Pfändungs- und Beschlagnahmebestimmungen bezüglich der Renten.

4. Endlich fordern wir Vorzugsrecht der Rentenempfänger, besonders der Schwerbeschädigten, bei der Zuteilung von Wohnungen."

Weiter sehen die Kriegsopfer, Sozial- und Unfallrentner in den Kontrollorganen der Arbeiterschaft die einzige Möglichkeit, dem Wucher auf dem Gebiete der Lebenshaltung und des Wohnungswesens zu begegnen. Deshalb appellieren sie an ihre Leidensgenossen in den angeblich politisch neutralen Verbänden, nicht zu warten, bis die Regierung gnädig den hungernden Rentnern und Kriegsbeschädigten hilft, sondern sich zusammenzuschließen in einer starken schlagkräftigen politisch aktiven Organisation, die im Zusammenarbeiten mit der revolutionären Arbeiterschaft eine Besserung ihrer Lage erkämpft.

Der Zentralverband der Hausangestellten

hat auf seinem vom 12. bis 18. Februar in Berlin stattgefundenen Verbandstag den Beschluß gefaßt, sich dem Deutschen Verkehrsbund am 1. März in aller Form anzuschließen. Er wird jedoch als Reichsabteilung im Deutschen Verkehrsbund unter dem bisherigen Namen weitergeführt. Die örtlichen Gruppen des Zentralverbandes der Hausangestellten haben nunmehr die Verpflichtung, sich an die bestehenden örtlichen Verwaltungen des Deutschen Verkehrsbundes anzugliedern. Da auch in Halle eine Gruppe des Zentralverbandes der Hausangestellten besteht, ist die Ueberführung derselben eingeleitet worden. Die Mitglieder dieses Verbandes zählen vom 1. März mit zu der Verwaltung des Deutschen Verkehrsbundes, dessen Bureau sich Ornandenstraße 101 befindet. Alle Agitations- und Organisationsarbeiten werden für diese Mitglieder nunmehr vom Verkehrsbund erledigt. Das gesamte Hauspersonal aller Art, einschließlich der Aufwartungen, Reinemachefrauen, Wäscherinnen usw. wird jetzt Gelegenheit haben, sich mehr als bisher in der neuen Organisation zusammenzuschließen, um mit Hilfe derselben die noch so überaus traurigen Arbeits- und Lohnverhältnisse im Berufe einer baldigen Besserung entgegenzuführen. In nächster Zeit wird zu diesem Zwecke eine Versammlung des gesamten Hauspersonals stattfinden, die zu der Neuorganisierung und der wirtschaftlichen Lage Stellung nehmen wird.

Arbeiter, schafft Munition für den Kampffonds der Partei!

4. Quittung

Gen. Ropenz, Querfurt	500,—	Ortsverein Zwintschöna	2351,—
„ Klein	500,—	Ortsg. Brachwitz	1200,—
Ortsgr. Radefeld durch Gen. Hartmann		Gen. Mustahlk, Halle	200,—
	3910,—	Ortsgr. Erdeborn	2000,—
Ortsg., Kreischau	1000,—	Kreis-Konferenz Weißenfels	20050,—
Ortsgruppe Domnitz	4500,—	Ortsgr. Lützen	4647,—
Ortsgr. Weißenfels, Soermus-Konzert	74032,—	Kreis-Konferenz Delitzsch	6810,—
Genossin Hermann-Halle	32,—	Techn. Personal Produktiv-Gen.	17600,—
Betriebsfraktion Chem. Fabrik Immendorf	1522,—	Ortsgruppe Mölbitz	800,—
		Pol. Angestellten des Bezirks	8510,—
Ortsgr. Gisleben, Soermus-Konzert	18320,50	Distrikt 21. Halle a. d. S., durch Gen. Lorenz, Liste 11	5850,—
Ein Genosse, Halle	384,—	Durch Gen. Dohmer Liste 9	36490,—
„ Merseburg	1000,—	Mansf. Gebirgsgr., Kreistanz	5790,—
Ortsgr. Walbeck	3570,—	Ortsgruppe Querfurt	5000,—
Gen. H. Sa. Halle	10000,—	Ortsgruppe Kolbenzien	1000,—
Ortsgr. Kreis Wittenberg	5000,—	Ortsgruppe Groslehna	4550,—
Ortsgr. Gisleben	3000,—	Gen. Dippe, Halle a. d. S.	2000,—
„ Bitterfeld	5000,—		

Wie sie lügen

Die bürgerlichen Presseschmeis, die die Aufgabe haben, die Korruption und die Schiebereien der bürgerlichen Stadtverordneten zu decken, helfen sich aus ihrer Verlegenheit, indem sie sich aufs Schimpfen und Leugnen verlegen. Der Ausgang der letzten Stadtverordnetenversammlung ist ihnen doch etwas unangenehm, darum verschweigen sie auch all das, was über die parlamentarischen Schiebermethoden der bürgerlichen Stadtverordneten in der letzten Sitzung gesagt worden ist. Sie schimpfen auf die Kommunisten, die die „Würde des Hauses" verletzt haben, und glauben damit über die Feststellung hinwegzukommen, daß der Antrag auf eine zweite Lesung nicht aus „sachlichen Erwägungen" heraus gestellt worden war — wie es in der bürgerlichen Presse vor 14 Tagen noch hingestellt wurde —, sondern um ihre eigenen Profitinteressen wahrzunehmen. Die Bürgerlichen haben sich auch ruhig den Vorwurf der Korruption gefallen lassen, ohne dagegen Stellung zu nehmen. Ihre Schiebermethoden wurden noch besonders dadurch charakterisiert, daß sie zwar eine zweite Lesung bei der Weiterverpachtung des Gutes Seeben verlangten, dann aber selbst den Schlußantrag stellten, obwohl erst ein Redner in der zweiten Lesung gesprochen hatte und das Kaolinvorkommen überhaupt noch gar nicht berührt worden war.

Nun aber, nachdem die Blamage doch ziemlich groß geworden ist, kommen die bürgerlichen Pressefchmeis — die übrigens der Verpachtung der zweiten Lesung gar nicht beigewohnt haben — und behaupten, daß die Vorlage mit 33 gegen 32 Stimmen angenommen worden sei. Wir haben gestern bereits darauf hingewiesen, daß am Pressetisch gar nicht festzustellen war, ob über die Vorlage abgestimmt worden ist. Es wird wohl kaum, auch bei den Bürgerlichen nicht, ein Zweifel darüber bestehen, daß, wenn eine Abstimmung durchgeführt worden ist, diese Abstimmung als gültig angesehen werden kann. Denn zunächst einmal kann die Vorlage gar nicht mit 33 gegen 32 Stimmen angenommen worden sein, da auf der linken Seite alles zur Stelle war, also 33 Stadtverordnete. Im übrigen aber ist die Stimmenzahl weder auf der rechten Seite ausgezählt noch ist überhaupt eine Gegenprobe gemacht worden. Wäre diese gemacht worden, dann hätte sich herausgestellt, daß Stimmengleichheit bestand. Der Vorsteher hätte sich dann für oder gegen die Vorlage entscheiden müssen. Von der Durchführung all dieser geschäftsordnungsmäßigen Bestimmungen aber ist nichts bemerkt worden. Die nichtanwesenden kapitalistischen Soldschieber aber behaupten am nächsten Tage in der Presse, daß die Weiterverpachtung des Gutes Seeben beschlossen worden ist.

* **Die Sperre über die Firma Gellert & Co.,** Ludwig-Wucherer-Straße 57, dauert an. Es hat sich dort eine regelrechte Streikbrecherkolonne gebildet. Achtstundentag und alle tariflichen Abmachungen werden von diesen Elementen mit Füßen getreten. Arbeiter und Arbeiterinnen, haltet Euch fern von diesen Streikbrechern und meidet diese Firma; kein organisierter Arbeiter darf diesen Betrieb betreten.

* **Mieterschutz.** In der Sonnabend-Ausgabe des „Klassenkampf" veröffentlicht der Magistrat eine Bekanntmachung, in der er darauf hinweist, daß in Zukunft Räumungsurteile, einstweilige Verfügungen usw. nicht mehr auf Grund eines Gerichtsspruches ausgeführt werden dürfen, sondern daß zu der zwangsweisen Räumung einer Wohnung die vorherige Zustimmung des Mieteinigungsamtes notwendig sein muß, das keine Zustimmung aber nur dann erteilen darf, wenn ein anderes geeignetes Unterkommen beschafft werden kann. — Eine derartige Bekanntmachung sollte eigentlich überflüssig sein, denn man kann doch einen Mieter nicht einfach auf die Straße setzen, wenn er keine andere Wohnung hat. Und doch sind im Laufe der letzten Monate eine ganze Reihe von Mietern in der rücksichtslosesten Weise auf die Straße gesetzt worden.

* **Jugendweihe.** Nach einem Beschluß der Funktionärsitzung finden die Jugendweihen nun doch am 25. März und am 1. April im „Volkspark" statt, und zwar am 25. März, vormittags von 9 bis 12 Uhr und am 1. April vormittags von 9 bis 11 Uhr.

* **Verlängerung der Steuererklärungszeit.** Da der Entwurf des Geldentwertungsgesetzes nicht so schnell verabschiedet werden kann, wie ursprünglich angenommen wurde, wird die Frist für die Abgabe der Steuererklärung für die Vermögens- und Einkommensteuer auf März festgelegt werden. Nähere Bekanntmachungen darüber wird noch erlassen.

* **Die Verpflegung in den Kliniken,** besonders für Patienten dritter Klasse, scheint nach Meldungen von Kranken immer schlechter zu werden. Nicht einmal genügend Kartoffeln sind vorhanden, um die Kranken satt zu machen. Aufgabe der Krankenkassen sollte es sein, hier ein Wort mitzureden.

* **Die Zahlung der Teuerungszuschüsse** für den Monat März, sowie die Nachzahlung auf Grund der 7. Verordnung für erwerbsunfähige Schwerkriegsbeschädigte und Kriegerwitwen, sowie Halb- und Doppelwaisen und Kriegereltern erfolgt am Freitag, dem 2. März, von 9 bis 12 und 3 bis 6 Uhr im Geschäftszimmer der Fürsorgestelle, Rathaus, Zimmer 23. Stammkarten-Vorlage (Postausweis) ist stets vorzulegen.

* **In die Weiderholungsstätte der Allgemeinen Ortskrankenkasse** die sich in der Dölauer Heide befindet, ist eingebrochen worden und aus ihr sämtliches transportable Eisen gestohlen worden. Es fehlen eine etwa drei Zentner schwere Herdplatte, ein großer Deckel, zum Milchkessel und Ofenteile aus der Liegehalle und dem Zimmer der Schwestern. Die Oefen wurden vollständig demoliert. Der Einbruchsdiebstahl wurde erst gestern bemerkt. — In der Zwingerstraße sind in der letzten Nacht fast an sämtlichen Häusern die angebrachten Klingelanlagen gestohlen worden.

* **Eine Säurespritzer** ist in letzter Zeit, zuletzt am 23. Februar abends, in der Gegend des Stadttheater aufgetreten. Im letzteren Falle ist eine Dame, die aus dem Stadttheater kam und nach Hause ging, von hinten mit konzentrierter Schwefelsäure bespritzt und dadurch ein wertvoller Mantel erheblich beschädigt worden. Mitteilungen über den Täter nimmt die Kriminalpolizei, Polizeigebäude, Zimmer 7, entgegen.

* **Zu unserer Notiz** „Wenn ein Projekt verunglückt" teilt uns die Allgemeine Ortskrankenkasse Halle mit, daß die Wunden des Verunglückten in der chirurgischen Klinik mit einem Notverband versehen worden seien. Am nächsten Tage habe der Verunglückte noch einen Kassenarzt aufgesucht, der aber den Verband nicht habe erneuern können, weil dieser kein Verbandszeug bei sich gehabt habe. Das Verbandszeug sei dann am nächsten Tage abgeholt worden, worauf die Wunden vom Kassenarzt von neuem verbunden werden seien.

Theater und Konzerte

Arbeiterbildungsausschuß. Am Sonntag, dem 4. März, nachmittags 3 Uhr, kommt im Stadttheater die Oper „Der Waffenschmied" von Lortzing zur Aufführung. Eintrittskarten zu bedeutend ermäßigten Preisen (1200, 1000, 700 und 500 Mk.) sind noch bei den Genossen Kutzschbauch, Halle, Klausstraße 7, zu haben.

Ammendorf. Bildung eines Kontrollausschusses. Am Sonntag fand im Gasthaus Lindner eine kombinierte Konferenz aller politischen Arbeiterparteien und wirtschaftlichen Organisationen (einschließlich der Beamten) statt, in der zur Bildung eines Kontrollausschusses auf breitester Grundlage Stellung genommen wurde. In der sehr lebhaften Aussprache wurde von allen Vertretern die Notwendigkeit eines Kontrollausschusses anerkannt. Es soll nunmehr ein Ausschuß gewählt werden, der im Sinne eines Kontrollausschusses seine Tätigkeit aufnehmen soll. Hierauf wurde zu der Neuwahl der Betriebsräte Stellung genommen. Im Verschiedenen wurde Stellung genommen zum 18. März. Nachdem noch einige Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden hatten, wurde die Konferenz geschlossen.

Döllnitz. Mieter, organisiert Euch! In einer großen öffentlichen Versammlung sprach am Sonntag im Gasthof Schaal der Geschäftsführer des Mitteldeutschen Mieterverbandes Langheinrich aus Halle über das Reichsmietengesetz. Das eindrucksvolle Referat wirkte auf den Handelsmann und Hausbesitzer Wernicke wie das rote Tuch auf einen Stier. Insbesondere war es hier die leidige Waschgelegenheit, die so viel Staub aufgewirbelt hatte, daß sogar mit Hinauswurf gedroht wurde. Der dortige Hausbesitzerverein hat im Gegensatz von etwa 200 richterlichen Entscheidungen einen Beschluß herbeigeführt, wonach die Benutzung des Waschhauses und der Utensilien nur gegen Zahlung eines entsprechenden Entgeldes den Mietern zur Verfügung gestellt wird. Obwohl ein Mieter des Herrn Wernicke den Verpflichtungen durch die Zahlung der gesetzlichen Miete nachgekommen war, versuchte der Vermieter bei den Anwesenden doch den Eindruck zu erwecken, als ob die Verweigerung des Waschkessels mit der nicht vollen Bezahlung der Miete im Zusammenhang stände. Herr Wernicke hat ihm zwar einen kleinen unbrauchbaren verrosteten Kessel zur Verfügung gestellt, den aber auch seine Frau nicht benutzt, weil er eben untauglich ist. Durch gerichtliche Verfügung wird sich Herr Wernicke eines besseren belehren lassen müssen und der Hausbesitzerverein wird seinen unhaltbaren Beschluß rückgängig machen müssen, denn auch die Beschlüsse des Amtsgerichts und der Behörde sind für Döllnitz noch so lange maßgebend, wie der Ort noch zu Deutschland gehört. Den Mietern aber rufen wir zu: Organisiert Euch restlos im Mieterschutzverband! Anmeldungen nimmt der Kollege Linde entgegen.

Spende

68. Quittung

67. Quittung Mk. 610348,60	
Listen 460, 468, geb. in Delitzsch durch Gen. K. Förster	4638,—
Liste 148, ges. i. d. Funkenb., Merseb.	4450,—
Liste 362, ges. d. Gen. Fr. Kroh, hier	3000,—
Liste 49 von Ortsgr. Runthal	1275,—
Listen 14, 061 v. Ortsgr. Aue b. Zeitz	1195,—
Liste 651 von Ortsgr. Reichardt	1160,—
Liste 612 von Gen. Stech Querfurt	1035,—
Liste 41 v. Gen. Herm. Groß, hier	1050,—
S. K., Bitterfeld	1000,—
Ueberich. Prov. Kulturo. Mansfeld	2000,—
Liste 646 von Ortsgr. Danzig	880,—
Liste 591 von Ortsgr. Wehlitz	770,—
Liste 319 vom Distrikt 9	750,—
Frau Schmidt, Hohenleipzich	740,—
Richard Georges Friedrichschwerz	605,—
Liste 242, ges. durch B. Meyer	585,—
Liste 677 v. Ortsgr. Wimmelburg	500,—
Liste 621 von Ortsgruppe Dölau	430,—
Liste 629 v. Ortsgr. Großkugel (Saale)	420,—
Liste 641 v. Ortsgruppe Eisdorf	420,—
Liste 687 v. Ortsgruppe Gröben	391,—
Ortsgruppe KPD. Muschwitz	320,—
Transport Mk. 636	636,—
Transport Mk. 636	338,60
Liste 639 v. Ortsgr. Wallendorf	3 2,—
Verschiedene Gen. v. Ammendorf	350,—
Liste 611 v. K. J. Ammendorf	287,—
Paul Köhler, Molm &	280,—
Liste 149 v. Lauchstädt	270,—
Gen. Pierich, Schornewih	200,—
Gottlob Gallaun, Pfesterig	200,—
Vier Skatspieler, Pfesterig	200,—
Fiebe, Wansewitz	170,—
Märker, Wansewitz	130,—
Liste 292 v. Distrikt 5	140,—
Liste 569 v. Ortsgr. Balleben	140,—
Ungenannt, 5 Gben	140,50
Liste 170 d. Wilhelm Thielemann	100,—
Kunstling, Halle a. d. S.	100,—
Ungenannt, L. & W.	100,—
Liste 140 von Wolferode	100,—
Liste 709 von Eilenburg	100,—
Liste 51 von Z. Thornewitz	75,—
Liste 600 von Gr. Leuben	70,—
Reinhold Jes. Gr. Leuben	54,—
Ein komm. Lehrer	40,—
Summa Mk. 639	

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Louis Drechsler; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Heute abend öffentl. Versammlung im **„Volkspark".** Reichstagsabgeordneter **Remmele** spricht über den **Hochverrat der badischen Anilin- u. Prozent-Patrioten.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192302 28-10/fragment/page=0005

Leben · Wissen · Kunst

Die großen Flammen

So nehm ich denn die Finsternis
Und balle sie zusammen,
Und werfe sie, so weit ich kann,
Bis in die großen Flammen.
Die ich noch nicht gesehen habe
Und die doch da sind — irgendwo
Lichterloh . . .

Paul Scheerbart.

Die politische Aufklärungsarbeit der kommunistischen Parteien

Von Edwin Hoernle (Moskau)

Es ist notwendig, die kommunistischen Parteien auf einen Beschluß des 4. Weltkongresses hinzuweisen, der angesichts der dringenden aktuellen Kampfaufgaben der Gegenwart leicht vergessen werden könnte. Der Weltkongreß beschloß, daß die kommunistischen Parteien verpflichtet sind, eine systematische und organisierte Bildungsarbeit im Kreise ihrer Mitglieder und unter den breiten Massen zu führen. Zu diesem Zwecke sollen sie ein besonderes Sekretariat bei dem Zentralkomitee der Partei einrichten zum mindesten einen Genossen verantwortlich mit der Leitung und Kontrolle der politischen Bildungsarbeit betrauen. War dieser Beschluß notwendig?

Aufgabe der kommunistischen Bildungsarbeit ist in erster Linie das systematische Bekanntmachen aller Mitglieder der Kommunistischen Partei mit den wichtigsten Beschlüssen der Weltkongresse, der erweiterten Exekutivsitzungen und der Parteitage der betreffenden Sektion. Bis heute gibt es in fast jeder kommunistischen Partei Tausende von Mitgliedern, die jene wichtigen Beschlüsse, die unsere grundsätzliche Haltung, unsere Organisation, unsere Propaganda, kurz, unsere täglichen Aufgaben bestimmen, höchstens flüchtig gelesen haben. In wieviel Sektionen werden heute schon die neu eintretenden Mitglieder systematisch bekanntgemacht mit den Grundsätzen, taktischen Richtlinien und der Geschichte der Partei, der sie beitreten? Ist eine kommunistische Partei überhaupt arbeitsfähig, die die Einführung ihrer Mitglieder in das Programm und Statut der Partei dem Zufall überläßt? Gerade die kommunistischen Parteien unterscheiden sich ja von den reformistischen dadurch, daß sie ganz und gar auf die zielbewußte Aktivität ihrer Mitglieder eingestellt sind, die in den Betrieben, in den Gewerkschaften, in allen proletarischen Organisationen die Hauptarbeit zu leisten haben. Eine kommunistische Partei, deren Politik von einer dünnen Führerschicht bestimmt wird, ohne daß die Massen der Mitglieder die Tragweite der Beschlüsse und die Notwendigkeit ihrer Durchführung wirklich begriffen hat, läuft Gefahr, in ernsten Aktionen zu versagen und ein Spielball von opportunistischen oder anarchistisch-syndikalistischen Stimmungen zu werden. Die planmäßige Durchführung von Informationsabenden, an denen alle Parteimitglieder lernend, lehrend oder anregend teilnehmen, ist eine wichtige politische Aufgabe jeder kommunistischen Partei.

Aber die Partei kann sich mit der bloßen Information ihrer Mitglieder nicht begnügen. Die Kenntnis und das Verständnis der wichtigsten Beschlüsse bilden nur das politische Minimum, unter das die Mitgliedermassen nicht herabsinken dürfen. Darüber hinaus muß jede kommunistische Partei sich die marxistische Schulung mindestens ihrer verantwortlichen Parteiarbeiter zum Ziele setzen. Dies müssen zu diesem Zwecke Abendkurse eingerichtet werden, in denen die ökonomischen Lehren von Karl Marx und die Grundzüge des historischen Materialismus sorgfältig durchgenommen werden. Aber dieser Unterricht darf keineswegs trocken abstrakt und rein theoretisch betrieben werden. Die kommunistische Aufklärungsarbeit muß auch auf ihrer wissenschaftlichen Stufe in engster Verbindung stehen mit den Erfordernissen der täglichen Kampfarbeit. Die Marxschen Lehren müssen laufend angewandt werden auf die aktuellen Tagesprobleme, die Schüler müssen ermuntert werden, ihre Erfahrungen aus den Betrieben, aus der Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften, aus der Versammlungstätigkeit usw. mitzuteilen. Daran anknüpfend ist die Marxsche Theorie zu erläutern.

Der Mangel an Lehrern macht sich natürlich, da unsere Parteien jung sind, sehr fühlbar und wird nur zu oft als Ausrede benutzt, um die Bildungsarbeit zu vernachlässigen. Die Herausgabe einer Anzahl brauchbarer Leitfäden für Informationsabende und Diskussionsabende durch die zentralen Stellen wird diesem Mangel einigermaßen abhelfen. Wo der Unterricht in lebendiger Diskussionsform unter Anknüpfung an die tägliche Arbeit und den täglichen Kampf betrieben wird, bedarf es weit weniger eines vollkommen theoretisch geschulten Lehrers, als eines Genossen, der ein bestimmtes Maß praktischer Erfahrungen in der Parteiarbeit mit gesunden revolutionärem Instinkt, taktischer Klugheit und den wichtigsten Elementarkenntnissen verbindet. Solche bewährte Parteigenossen gibt es in jeder größeren Ortsgruppe. Diese müssen den kleinen Gruppen aushelfen.

Trotzdem muß natürlich jede Partei der systematischen Heranbildung eines Stabes von geschulten Theoretikern ihr Augenmerk widmen, die als Lehrkräfte an Parteischulen und bei wissenschaftlichen Abendkursen, aber auch als leitende Redakteure, politische Sekretäre, ihren Mann stellen. Zu diesem Zwecke sollen die Parteien nach Möglichkeit zentrale Parteischulen einrichten, an denen eine nach praktischer Bewährung und marxistischen Kenntnissen sorgfältig ausgewählte Schülerzahl auf eine bestimmte Zeit unter Entlastung von der übrigen Parteiarbeit unterrichtet wird. Eine solche zentrale Parteischule verursacht freilich ziemlich hohe Kosten. Die Parteien werden sie ihren Kräften entsprechend in größerem oder kleinerem Umfange für längere oder kürzere Zeit durchführen müssen. Aber ohne eine solche methodische Heranbildung des Nachwuchses der leitenden Parteifunktionäre kann keine kommunistische Partei auf die Dauer bestehen. Der Plan einer sozialistischen Akademie für fortgeschrittene Parteischüler am Sitz der Exekutive ist zurzeit in Erwägung.

Eine wichtige Bildungsaufgabe ist auch die Einführung der nebenamtlichen Parteiarbeiter in ihre speziellen Arbeitsgebiete. Die Losung: Heran an die Massen! zwingt die kommunistischen Parteien, einzudringen in alle möglichen Arbeiterorganisationen, in kommunale und staatliche Vertretungen. Die kommunistischen Funktionäre müssen deshalb außer dem allgemeinen ökonomisch-politischen Wissen ein bestimmtes Maß Fachwissen besitzen, müssen sich je nach ihrem besonderen Arbeitsgebiet aussennen, z. B. in der Geschichte und den Methoden der Gewerkschaftsbewegung, in den Problemen der Kommunalpolitik oder der Agrarpolitik, in den Fragen des Unterrichts und der Erziehung, des Genossenschaftswesens usw. Die Parteifunktionäre müssen deshalb entsprechend ihren besonderen Arbeitsgebieten zusammengefaßt werden zu periodischen Besprechungen, Kursen oder instruktiven Konferenzen. Die instruktiven Konferenzen eignen sich besonders gut zur Vorbereitung bestimmter Parteikampagnen oder zur Auswertung wichtiger Parteibeschlüsse.

In manchen Ländern hat das Proletariat aus eigener Kraft gewisse Bildungseinrichtungen, proletarische Schulen für Erwachsene geschaffen. Die kommunistischen Parteien müssen versuchen, diese proletarischen Bildungseinrichtungen zu beeinflussen, die Lehrkräfte mit wirklich revolutionären Marxisten zu besetzen und diese Schulen dadurch in Instrumente revolutionären Klassenkampfes zu verwandeln. Gleichzeitig müssen die kommunistischen Parteien danach streben, die Bildungseinrichtungen der proletarischen Gewerkschaften und Genossenschaften zu beeinflussen, indem sie die reformistischen Lehrkräfte systematisch kritisieren, revolutionäre Marxisten als Lehrer in Vorschlag bringen und für die Behandlung politischer und ökonomischer Probleme im Zusammenhang mit den Kampfaufgaben des Proletariats eintreten. Auch in den Arbeiterorganisationen besteht die Möglichkeit einer systematischen kommunistischen Aufklärungsarbeit. An Stelle der seichten und reformistischen Vorträge und Unterhaltungen sind die Aufgaben der Arbeitersportorganisationen im revolutionären Klassenkampf und ihre Zusammenarbeit mit Partei und Gewerkschaften zu erläutern und das Interesse der Arbeitersportler für tiefere marxistische Bildung zu wecken.

Diese Arbeit führt bereits weit hinaus über die Bildungsarbeit im engeren Parteirahmen, sie ist bereits Massenbildungsarbeit. Die Massenbildungsarbeit muß entsprechend der primitiven und gefühlsmäßigen Einstellung der Massen vorwiegend mit Mitteln arbeiten, die stark zugeschnitten auf die Sinne und auf den Willen wirken. Die Mittel des Liedes, des Chorgesangs, der Rezitation, des Sprechchors, des politischen Bühnenspiels, des Lichtbildes, des Films, stehen hier an erster Stelle. Bei öffentlichen Versammlungen, bei Demonstrationen, bei proletarischen Festen und revolutionären Gedenkfeiern hat die Partei Gelegenheit, sich mit suggestiven und künstlerischen Mitteln an breiteste Massen zu wenden. Vor allem ist die lebendige, bühnenmäßige Darstellung proletarischer Erlebnisse, revolutionärer Kämpfe, die Behandlung politischer Probleme in der Form von Dialogen, Gerichtsverhandlungen von bedeutender Wirkung. Die Massenbildungsarbeit darf nirgends getrennt werden von der Propaganda, sie muß direkt in die Propaganda ausmünden.

Bei der steigenden Teuerung fällt es dem Proletarier immer schwerer, sich über die einfachste Tagesliteratur hinaus theoretische und geschichtliche Bücher anzuschaffen. Es gehört darum zu einer systematischen Bildungsarbeit, daß in den Ortsgruppen den Kräften entsprechend, kleinere oder größere Parteibibliotheken eingerichtet werden. Anweisungen über die Einrichtung und Verwaltung solcher Büchereien sind von den zentralen Stellen herauszugeben, ebenso Literaturverzeichnisse, denen eine Einleitung zum Selbststudium zugefügt wird. Auf jeden Fall muß versucht werden, in den Gewerkschafts- und Genossenschaftsbibliotheken ebenso wie in den kommunalen Büchereien und Lesehallen marxistische und kommunistische Literatur einzuführen. Die Parteivertage müssen verlangt werden, den Arbeiterbibliotheken und den Teilnehmern an kommunistischen Kursen Bücher unter möglichst günstigen Bedingungen zu verkaufen.

Die besondere Bildungsarbeit der kommunistischen Jugendorganisationen ist von den kommunistischen Parteien energisch zu unterstützen durch Bereitstellung von Räumen, Abkommandierung von Lehrkräften, finanzielle Zuschüsse, Zur-Verfügung-Stellen der Parteibibliotheken, Heranziehung der Jugendlichen zu allen bildenden Veranstaltungen der Partei. Die kommunistische Erziehungsarbeit unter den proletarischen Kindern darf nicht gering geschätzt werden. Unsere Aufgabe ist hier nicht die bloße Belehrung und Aufklärung der Kinder über Klassenlage, Klassenkampf und revolutionäre Endziele, sondern das Hineintragen auch des proletarischen Kindes in den Kampf und die Arbeit der Erwachsenen, wie das durch die kommunistischen Kindergruppen anläßlich der proletarischen Hungerhilfe und anderen Sammelaktionen bereits erfolgreich begonnen wurde. Die proletarischen Kinder sind sehr wohl imstande, auch gegen die nationalistische Verhetzung in der Schule zu protestieren und eine lebhafte Propaganda unter ihren Altersgenossen zu betreiben. Die revolutionäre Erziehungsarbeit ist immer und überall, bei den Alten wie bei den Jungen, eine innige Verbindung von Lehre und Kampf, von Theorie und Praxis.

Die systematische politische Aufklärungsarbeit der kommunistischen Parteien wird ihren Kampf und ihre Agitation wesentlich erleichtern. Sie ist ein notwendiger Faktor bei der Herausbildung wirklich kommunistischer Parteien bei der Schaffung einer wahrhaft kampffähigen, einheitlichen kommunistischen Weltpartei.

Charles De Costers „Ulenspiegel"

Charles Theodor Henry De Coster, der Verfasser des großen historischen Gemäldes Ulenspiegel und Lamme Goedzak, wurde am 20. August 1827 als Sohn belgischer Eltern in München geboren. Sein Vater war Intendant des päpstlichen Nuntius, und Charles verlebte seine ersten Lebensjahre in Bayern. Seine Eltern kehrten 1830 nach Belgien zurück. Auf Wunsch des kirchlichen Würdenträgers sollte Charles Priester werden. Er sträubte sich jedoch dagegen und nahm mit 17 Jahren eine Stellung als Bankbeamter in Brüssel an. Bald begann der Jüngling seinen künstlerischen Bestrebungen nachzugehen und verfaßte poetische Arbeiten. 1850 bezog er die Brüsseler Universität, indem er seinen Beruf aufgab. Durch seine Flämischen Legenden wurde er bekannt und bekam 1860 eine Staatsbeamtenstelle. Aber nur vier Jahre hielt er es zwischen den Akten aus, dann gab er die Stellung wieder auf. Kriegsschule in der Brüsseler Gemeinde Etterbeek, Professor der Kriegsschule in der Brüsseler Gemeinde Ellsene zum Professor der Allgemeinen Geschichte und der französischen Literatur ernannt. Nunmehr war er schon berühmt geworden durch seine 1876 erschienene Legende von Ulenspiegel und Lamme Goedzak. Trotzdem aber lebte De Coster von nun an in den ärmlichsten Verhältnissen. Der Verfasser der „belgischen Bibel", wie man sein Ulenspiegelbuch genannt hat, wurde, wie fast alle großen Geister, von der besitzenden bürgerlichen Welt im Stiche gelassen. Hart mußte er sich durchschlagen, bis er am 7. Mai 1879 starb.

Ausgedehnte Studien in alten Chroniken, diese Reisen an historische Orte mußte De Coster als Vorarbeiten für seine Ulenspiegelgeschichte unternehmen. Am meisten stützte er sich auf die im Volksmunde weiterlebenden Erzählungen und Ueberlieferungen. So hat er es verstanden, der Nachwelt mit geradezu photographischer Treue ein Bild des mittelalterlichen Lebens und Treibens zu geben. Der Leser spürt auf jeder Seite des Buches heißes pulsierendes Leben, als ob er selber mitten drinn stehe. Der erste Teil des Buches behandelt die Jugend des Helden. Drollige Szenen und Schwänke sind überall eingestreut auf den düsteren Hintergrund und historischen Rahmen. In naturalistischer Darstellung erleben wir Hexenprozesse, Foltergerichte und Ketzerverbrennungen. Dazwischen wetterleuchtet der Kampf des unterdrückten vlämischen Volkes gegen die blutlaugerische Herrschaft der spanischen Gewalthaber und der päpstlichen Macht. Im zweiten Teil des Buches erhebt sich Ulenspiegel in seiner ganzen Größe zum Helden dieses Befreiungskampfes. Dem Proletarier von heute vermag das Werk manche Anregungen zu bieten. Er wird mitempfinden den heroischen Kampf gegen ein furchtbares Sklavenjoch und wertvolle geschichtliche Erkenntnisse mitnehmen.

Weshalb das Maultier ausschlug

Von L. F. Fuller

Aus dem Englischen von Hermynia Zur Mühlen.

Einst lebte ein Maultier, das einen Herrn hatte. Der Herr zwang es, hart zu arbeiten und gab ihm bloß schlechte Nahrung und eine ermselige Wohnung.

Das Maultier murrte über sein hartes Los. Der Herr erklärte ihm, es dürfe nicht murren und sich beklagen, sondern müsse sich mit der Lage die Gott der Herr für es bestimmt habe, zufrieden geben. Auch redete er zum Maultier: „Du bist ein gutes und kluges Tier" und versprach ihm bessere Zeiten. Doch kamen diese besseren Zeiten nie.

Eines schönen Tages riß dem Maultier die Geduld, es hob die Hinterbeine, schlug aus und warf den Herrn aus der Umzäunung.

Sobald der Herr seine Sinne wieder erlangt hatte, fragte er empört das Maultier, was dieses unziemliche Benehmen bedeuten solle.

Das Maultier erwiderte:

„Ich bin der harten Arbeit, der schlechten Nahrung und Behausung und der ewig gebrochenen Versprechen überdrüssig. Ich habe das unentwegte Schuften satt, will Muße haben, um mein Maultierleben genießen zu können. Ich bin bereit, eine gewisse Zeit zu arbeiten, doch weigere ich mich, ohne Rast unablässig schaffen zu müssen."

Der Herr sprach:

„Undankbares Tier! Vergißt Du denn, daß ich Dir eine Beschäftigung gäbe? Was würde aus Dir, gäbe ich Dir keine Arbeit?"

Das Maultier erwiderte:

„Wohl gabst Du mir Arbeit, doch bedurfte ich erst dann der Arbeit, da Du das Gras umzäunteste! Du sagst, Du habe mich in diese Lage versetzt, doch zweifle ich daran. Indem Du mir die Lebensmöglichkeiten nahmst, bevor Du mir aus Gnade Beschäftigung gabst, beginnst Du gegen mich ein großes Verbrechen. Bevor Du mich beraubtest, mußte ich bloß meinen eigenen Lebensunterhalt verdienen, dies fiel mir leicht und ließ mir auch noch Mußestunden. Nun jedoch muß ich für Dich verdienen, arbeite unentwegt und finde keine Rast."

Der Herr sprach:

„Du verstehst anscheinend den Segen der Arbeit nicht zu würdigen. Solltest mir dankbar sein, wie dies Dein Vater war. Er arbeitete für mich. War ein charaktervolles Tier, immer arbeitsam, bereitwillig, demütig und zufrieden. Er war das Ideal eines Arbeiters, eine große politische Partei stellte ihn ihren Anhängern als Beispiel dar, als das höchste Ideal eines Arbeiters. Ich zwang Deinen Vater viel härter als Dich zu schuften, gab ihm weniger Nahrung und eine weit schlechtere Behausung, trotzdem hat er nie ausgeschlagen."

„Na", entgegnete das Maultier. „Davon hörte auch ich. Doch ist es allgemein bekannt, daß mein Vater ein Esel war!"

Was sollen wir lesen?

Sämtliche hier aufgeführten Bücher und Zeitschriften sind zu beziehen in Halle: Bezirks-Zentralbuchhandlung der Produkto-Genossenschaft, Leipzigerstraße 4, in der auswärtigen Filiale, sowie in der Versandhandlung, Halle 42/44 Magdeburg. Buchladen der „Tribüne", Jakobstraße 4.

Wochenausgabe der Inprekorr. Die soeben zum Versand gelangte Nr. 8 der Internationalen Pressekorrespondenz hat wieder einen äußerst reichhaltigen und lesenswerten Inhalt, der einen guten Ueberblick über die Lage in Deutschland, Frankreich, Italien, Oesterreich, der Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien, Polen usw. gibt. Der Genosse Sinowjew behandelt die Rolle der Sozialistischen Partei Italiens gegenüber der Kommunistischen Internationale, Genosse Radek den Feldzug Mussolinis gegen die italienischen Kommunisten. Genosse Sadoul gewährt uns in einem Artikel einen Einblick in den revolutionären Wandel der Ansichten, der sich in der französischen Arbeiterschaft, besonders aber in den Kreisen des französischen Kleinbürgertums vollzieht. Briefe der Genossin Rubiner aus Sowjet-Rußland führen uns mitten hinein in die Tätigkeit des russischen Proletariats. Mehrere Artikel beschäftigen sich wieder mit dem imperialistischen Gewaltstreich Poincarés im Ruhrgebiet, andere behandeln den Streik der französischen Bergarbeiter. Es würde zu weit führen, sämtliche Artikel aufzuzählen. Besonders aber soll noch auf die dieser Nummer der Wochenausgabe beigelegte Sondernummer aufmerksam gemacht werden, die der russischen Roten Armee gewidmet ist. — Die Internationale Pressekorrespondenz ist jedem Parteigenossen zugängig. Bestellungen sind zu richten an den Zentralverlag der Inprekorr (Franz Dahlem), Berlin SW 48, Friedrichstraße 225. Der Abonnementspreis für Deutschland beträgt bis auf weiteres 2000 Mk. pro Monat.

Wirtschaftliche Lage und wirtschaftlicher Kampf der Arbeiterjugend. Von Richard Schüller. Verlag der Jugend-Internationale, Berlin-Schöneberg. 164 Seiten. Reich illustriert. Preis 525 Mk. Genossen erhalten Rabatt. Das Buch ist der erste Versuch einer internationalen Darstellung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterjugend. Es ist in zwei Teile gegliedert. Der erste Teil: „Die arbeitende Jugend im Kapitalismus" gibt uns von der Blütezeit des Handwerks, von den patriarchalischen Verhältnissen zwischen Meister, Gesellen und Lehrlingen, von der damaligen Lehrzeit des Jugendlichen und seiner wirtschaftlichen Zukunft. Der Verfasser schildert die Entwicklung der Maschinentechnik, die stürmisch vorwärtsdrängend das künstlerische Handwerk zerrieb und die Bande der Familie auflöste. Mit dem Sieg der technischen Entwicklung änderte sich auch die Lage des Jugendlichen, die im Zeitalter des Imperialismus eine stete Verschlechterung seiner Lebensweise bedeutet. Die Berufsausbildung der Jugendlichen, ihr Lohn, ihre Arbeitszeit, die Folgen der Ausbeutung sind drastisch dargestellt und mit wertvollem statistischem Material belegt. — Im zweiten Teil: „Unser Kampf" wird die Auffassung der besonderen Interessen der Arbeiterjugend klargelegt und die Eingliederung der arbeitenden Jugend in die Kampffront des Proletariats gefordert. Die Stellung der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zum wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterjugend wird der praktischen Arbeit gegenübergestellt, die die Rote Gewerkschaftsinternationale für die Jugend leistet. Das Maulheldentum des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterjugendinternationale und 2½. Jugendinternationale wird scharf kritisiert und der wirkliche Kampf, den die Kommunistische Jugendinternationale zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Jungproletariats führt, aufzeigt. Die Aufgaben der KJI. in Betrieb, Gewerkschaft, Schule und Oeffentlichkeit werden in ihrer ganzen Tragweite aufgerollt, und die Notwendigkeit der Einheitsfront und des internationalen Kampfes gegen den Verelendungsfeldzug des Kapitals betont. Als Anhang sind die Thesen des 2. Weltkongresses der KJI. zum wirtschaftlichen Kampf und die Resolution der dritten Bureausitzung zur wirtschaftlich-gewerkschaftlichen Arbeit, sowie ein Literaturverzeichnis, dem Buche beigefügt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192302 28-10/fragment/page=0006